AStA ruft zur Vollversammlung

Uni-Vollversammlung

Am Dienstag, dem 27. April 1971
von 14.30 — 17.00 Uhr, H ZO 10
Hörsaalzentrum Ost zwischen IA und NA

UP-Wahlboykott?

23. 4. 1971

BSZ

10 Pf Nr. 76

bochumer studenten zeitung
universität bochum u. klinikum essen

Kein 6-Wochen-UP

Kampf der Demokratie — Es lebe die Formaldemokratie! Das ist die Parole der augenblicklichen Politik des Rektorats. Nachdem gegen das Votum der Studentenschaft und der Assistentenschaft der Staatskommissar per Erlaß die RUB-Verfassung geändert und eine neue Wahlordnung für das Universitätsparlament (UP) dekretiert hat, bemüht sich das Rektorat nach außen hin sehr um das Zustandekommen eines UP. Durch geschickte Schachzüge versucht es aber gleichzeitig, die politische Position der Studenten von vornherein zu schwächen und uns die Möglichkeit zu nehmen, Arbeit und Entscheidungen des UP tatsächlich zu beeinflussen.

- **Begrenzung der Legislaturperiode des jetzt zu wählenden UP**
- **Versuch der Anwendung des § 25 Hochschulgesetz (HSchG) auf die Wahlen**
- **Ausschaltung der Mitwirkung der Fachschaften bei der Vorbereitung der Wahlen in den einzelnen Abteilungen**

sind die Hebel, an denen das Rektorat ansetzt, um die Studenten als wesentlichen politischen Faktor in der Hochschulselbstverwaltung auszuschalten und ihnen die Chance zu nehmen, mit Hilfe des UP demokratische Strukturen und demokratische Lehr- und Forschungsinhalte und -formen in der RUB durchzusetzen zu versuchen.

6-Wochen-UP

Der Versuch, die Amtszeit des jetzt zu wählenden UP durch entsprechende Vorschriften der Wahlordnung auf ca. 6 Wochen zu beschränken (vgl. letzte BSZ), ist ein deutliches Zeichen für die Bemühungen der Reaktionäre in dieser Universität, den Einfluß der Studenten auf die Entscheidungen der universitären Selbstverwaltung zurückzudrängen. Denn

1. erfordert die zweimalige Wahl innerhalb von 2 Monaten einen enormen zeitlichen und argumentativen Aufwand zulasten der politisch notwendigeren inhaltlichen Arbeit in Fachschaften und Arbeitsgruppen;

2. werden dadurch falsche politische Schwerpunkte gesetzt: die übermäßige Orientierung auf das UP trägt zu einer sich verfestigenden Gremienfixiertheit der studentischen Öffentlichkeit bei und läuft unseren Bemühungen zuwider, die Studenten für die inhaltliche Arbeit in den Fachschaften zu gewinnen;

3. legt die Wahlordnung durch die zeitliche Befristung der Amtsperiode des zu wählenden UP praktisch die Aufgaben fest, die diese UP erfüllen kann; **d. h. dieses UP kann politisch nicht genutzt werden in dem Sinne, wie es der Konzeption von Studenten und Assistenten entspricht (vgl. letzte BSZ).**

Wahlquorum

In einem Rundschreiben vom 7. April hat das Rektorat die Dekane darauf hingewiesen, daß bei der Durchführung der Wahlen zum UP die Vorschriften des § 25 HSchG zu beachten seien. § 25 HSchG schreibt vor, daß sich die Zahl der Sitze einer Mitgliedsgruppe in dem zu wählenden Organ — hier: UP — um die Hälfte verringert, wenn nicht mindestens ein Drittel aller Stimmberechtigten an der Wahl teilnimmt.

Die Intention des Rektorats ist klar: ein solches Wahlqorum können wir nicht erreichen.

Aufgrund der Intervention von Studentenschaft und Assistenschaft hat das Rektorat zwar einen taktischen Rückzieher gemacht: in einem zweiten Rundschreiben „interpretiert" das Rektorat die Anwendbarkeit des § 25 HSchG dahingehend, daß er auf unsere Verfassung und das darin verankerte Prinzip der Personenwahl nicht anwendbar sei. **Die Forderung von Studenten und Assistenten, den § 25 als für Bochum nicht gültig zu erklären, ist damit nicht erfüllt:**

Die Wahlen sollen zwar nicht unter Anwendung, aber doch unter Anerkennung des § 25 HSchG erfolgen. Mit anderen Worten: Wenn wir uns an den UP-Wahlen beteiligen, akzeptieren wir stillschweigend das Hochschulgesetz, das wir bekämpfen wollen.

Ausschaltung der Fachschaften

Ein wesentlicher Punkt der vom Staatskommissar erlassenen Wahlordnung ist der, daß die Fachschaftsräte nicht mehr wie bisher an der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen in den einzelnen Abteilungen beteiligt sind, diese liegt vielmehr allein in der Zuständigkeit des Dekans. **Offensichtlich befürchtet das Rektorat eine politische Beeinflussung der Wahl der UP-Vertreter durch die Fachschaftsräte und will verhindern, daß einige Fachschaften gar nicht erst wählen, weil sie die Möglichkeiten des UP, verglichen mit der inhaltlichen Arbeit in den Fachschaften, als zu gering erachten.**

AStA zum UP

Bei einer Einschätzung der objektiven Möglichkeiten der politischen Arbeit an der Hochschule lassen sich nur wenige konkrete Merkmale nennen, nach denen Gremienarbeit überhaupt sinnvoll erscheint. Gremienarbeit ist von jeher nur äusserst bedingt und gegenwärtig immer eingeschränkter als Hebel zur Durchsetzung politischer Forderungen anwendbar. Das ist keine pessimistische Absage an jede Gremienpolitik, sondern das ist die Einsicht, **daß die Möglichkeiten einer wirksamen Gremienpolitik an der Hochschule in zunehmendem Maße vom herrschenden Machtapparat beschnitten werden.** Erst allmählich beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß eine Demokratisierung des Bildungssektors mit einer langfristigen Veränderung der ökonomischen Bedingungen und Herrschaftsverhältnisse gekoppelt sein muß.

Trotz dieser Einschätzung sieht der AStA im UP ein Instrument, das — wenn seine Möglichkeiten im Rahmen unseres politischen Kampfes richtig eingeschätzt werden — als ein Hebel zur Verteidigung bestehender progressiver Rechte und zur Verhinderung einer allzu schnellen und reibungslosen Unterwerfung der Universität unter die Interessen des Kapitals (Anpassung an Hochschulgesetz und Hochschulrahmengesetz, staatliche Studien- und Prüfungsordnungen) benutzt werden könnte.

AStA und Assistentenschaft haben daher ein GEMEINSAMES AKTIONSKONZEPT für die Arbeit im UP entwickelt, das eine größtmögliche politische Ausnutzung der uns formal zugestandenen Mitwirkungsrechte zur Durchsetzung der materiellen Interessen von Studenten und Assistenten ermöglichen kann.

Konsequenzen aus der gegenwärtigen Situation

Angesichts der gegenwärtigen polit. Situation an der RUB stellt sich jedoch die Frage, ob das entwickelte Aktionsrezept überhaupt den Anspruch einer auch nur rudimentären Verwirklichung erheben kann.

Das Rektorat versucht mit allen Mitteln Studenten und Assistenten an seine Vorstellungen von UP-Arbeit anzupassen. Durch den Hinweis auf die Gültigkeit des § 25 HSchG, die politische Einflußnahme auf die Wahlordnung und die Weigerung, diese Wahlordnung rechtlich zu beanstanden, obwohl sie bezüglich der Legislaturperiode des zu wählenden UP rechtswidrig ist, **zeigt es die in der Universität bestehenden Machtstrukturen deutlich auf und will uns zwingen, diese Machtstrukturen zu akzeptieren.**

Wenn wir uns an den Wahlen zu diesem 6-Wochen-UP beteiligen, akzeptieren wir diese Strukturen und kapitulieren vor ihnen.

Die richtige Antwort an das Rektorat und die ihn tragenden Kräfte (Senat, Dozentenschaft) ist m. E. die Nichtbeteiligung an dieser UP-Wahl. Darüber kann im AStA jedoch ohnehin nicht allein entschieden werden, da ein solcher Schritt nur dann politisch sinnvoll ist, wenn er in der Studentenschaft auch verankert ist.

Wir rufen deshalb auf zur VOLLVERSAMMLUNG am Dienstag, 27. 4., 14 h in HZO.

Wenn wir der Arbeit in einem Universitätsparlament überhaupt noch einen Stellenwert einräumen im Kampf gegen die Formierung der Hochschule, dann muß dieses UP schon von den Voraussetzungen her eine positive Arbeit erwarten lassen.

Wir wollen ein UP, das uns die Möglichkeit gibt, dieses Gremium in unserem Sinne zu einem Instrument des politischen Kampfes zu machen. D. h.:

— kein UP, in dem wir nur deshalb sitzen, weil das Rektorat gnädigerweise auf die Anwendung des § 25 HSchG verzichtet, seine Gültigkeit aber dennoch propagiert;

— KEIN UP, das anfechtbar und deshalb politisch nicht unabhängig ist, weil es aufgrund einer rechtswidrigen Wahlordnung zustande gekommen ist und dessen Beschlüsse anfechtbar sind;

— kein UP, das mit Schwächung der studentischen Position beginnt und wegen seiner Kürze zur Stärkung dieser Position nicht beitragen kann.

Renate Zimmermann-Eisel (SHB)

Einschüchterung

Das Rektorat der Ruhr-Universität Bochum scheint nicht nur gewillt zu sein, die staatlichen Formierungsmaßnahmen möglichst schnell in die für Studentinnen und Studenten repressive Praxis umzusetzen, sondern versucht gleichzeitig, jeglichen Widerstand gegen seine reaktionäre Haltung durch die Klassenjustiz niederzuschlagen. Zu dem halben Dutzend Prozesse um UP und Staats-Kommissar kommt jetzt der Versuch der Einschüchterung von „Rädelsführern":

Seel und Faillard klagen jetzt gegen Lutz und Erich Eisel, weil diese vor Senatssitzungen mit Lautsprecherwagen zur Herstellung der Öffentlichkeit aufgerufen haben.

Renate Zimmermann-Eisel bei der letzten Senatssprengung.

Die politische Haltlosigkeit dieser Klage zeigt sich allein schon darin, daß die Beklagten auch weiterhin noch mündlich oder mit Flugblättern für öffentliche Senatssitzungen eintreten dürfen. Und wenn eine Vollversammlung sich für Kontrolle des Senats aussprechen würde, könnten 1000 Studentinnen und Studenten eine Klage kriegen.

Wie dieser Rechtsstreit auch ausgehen mag, es ist auf jeden Fall ein erschreckender schlechter Stil, wenn das Rektorat jetzt versucht, die Formierungsgegner juristisch mundtot zu machen.

Gegen die AStA-Vorsitzende Renate Zimmermann-Eisel ermittelt der Staatsanwalt. **Wegen zweier erfolgreicher Senatssprengungen** am Ende des Wintersemesters will man ihr jetzt **Nötigung und Aufruf zu strafbaren Handlungen** (= Aufforderung an Studenten, den Senat öffentlich zu machen) nachweisen.

Diese lächerlichen Einschüchterungsversuche zeigen einmal mehr, auf was für tönernen Füßen die Herrschaft der Reaktionäre in dieser Universität steht. **Nur durch Kriminalisierung unserer Politik kann der Machtanspruch dieser Reaktionäre seine Scheinlegitimation erhalten.**

Auf Mitbestimmung orientieren?

Die Ziele studentischer Politik — ein Ausbildungssystem, das an den Interessen der arbeitenden Bevölkerung orientiert ist, die Demokratisierung der Hochschulen und ein emanzipatorisches Studium —, darin dürften sich alle „progressiven" Studenten einig sein.

Daß diese Ziele nur erreichbar sind bei gleichzeitiger Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und daß dieses eine grundlegende Änderung der ökonomischen Herrschaftsverhältnisse voraussetzt, diese Einsicht unterscheidet, grob gesagt, linke von rechten Studentengruppen.

Daß im Kampf um Demokratisierung der Gesamtgesellschaft, für das Ziel kollektiver Selbstbestimmung, jeweils die politische Massenmobilisierung und die institutionell-rechtliche Absicherung zusammengehören, daß also die Forderung nach Mitbestimmung durch irgendwie paritätisch-gemischt besetzte Gremien eine in bestimmten Bereichen notwendige Tagesaufgabe ist, wird auf der Linken eigentlich nur bei einigen voluntaristischen Sektierern bestritten. Auf der Rechten allerdings wird entweder der schein-demokratische formale Parlamentarismus schon als das große Reformvehikel verkauft (BSU) oder selbst diese formale Beteiligung soll noch gegen den Einfluß linker Studenten abgesichert werden (RCDS).

Was innerhalb der linken Gruppen, z. B. zwischen SHB und Spartakus, umstritten ist, ist die Frage, welchen Stellenwert die Forderung nach Mitbestimmung im Rahmen des politischen Kampfes der Studenten hat und worauf in der jeweiligen Situation der Schwerpunkt der Mobilisierung liegen muß.

Gegenüber der von Spartakus geforderten „Orientierung auf Mitbestimmung" geht die Politik des Bochumer SHB davon aus, daß der Begriff Mitbestimmung sich nicht zur Parole eignet, sondern daß jeweils die Chancen von Mitbestimmungsforderungen und -modellen in bestimmten Bereichen und gleichzeitig die Grenzen und Gefahren von Mitbestimmungspolitik aufgezeigt werden müssen (vgl. BSZ Nr. 74, dort ist auch zur Mitbestimmungspolitik des DGB — Parole zum 1. Mai — Entsprechendes gesagt).

In der Hochschulpolitik kommt es darauf an, durch die Forderung nach Mitbestimmung nicht die Illusion zu erzeugen, als könnte man durch das Erkämpfen von Paritäten in Hochschulgremien oder sogar in zentralen Planungsgremien die für die Sicherung kapitalistischer Profitinteressen notwendige Formierungspolitik und die bildungsökonomischen Rahmenentscheidungen verhindern oder wesentlich verändern.

Fortsetzung auf Seite 4

Hustadt wird nicht geräumt!

Die Solidarität der Hustadt-Studenten, die ihre Wohnungen zugunsten von Professoren und Assistenten der Uni räumen sollen, ist ungebrochen. Sie werden auf keinen Fall ausziehen. Von den 75 Studenten sind ganze zwei bereit, in die Overbergstraße einzuziehen und dort den Kommilitonen, die auf der Warteliste des Akafö stehen, die Plätze wegzunehmen. Rektorat und Akafö werden wohl oder übel das Wohnheim an der Overbergstraße, das zum ersten Juni frei werden soll, mit anderen Studenten belegen müssen.

Seht Euch die Studentenpalamentsfarce doch einmal an. Die nächste Sitzung findet Di., 27. 4., 19 Uhr in JB I statt.

Studentenschaft stellte Antrag

Die Studentenschaft hat beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen den Antrag gestellt, per einstweiliger Anordnung die Wahlen zum UP auszusetzen. Das ist notwendig geworden, nachdem das Rektorat sich geweigert hat, die von Saß erlassene Wahlordnung rechtlich zu beanstanden, obwohl diese Wahlordnung bezüglich der Terminänderung den jetzt zu wählenden UP nach unserer Auffassung rechtswidrig ist.

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß schon im Oktober 1970 das Gericht die damals vom Rektorat rechtswidrig angesetzten Wahlen aussetzte.

Zur Erweiterung unserer Fachredaktion suchen wir

junge Neuphilologen(innen)

mit abgeschlossenem Hochschulstudium

Erfahrungen in der Lektoratsarbeit setzen wir nicht voraus, wir erwarten jedoch, daß Sie Initiative sowie Talent für selbständige Aufgaben mitbringen.

Sollten Sie Interesse an einer Tätigkeit in unserer Redaktion haben, bitten wir um Zusendung Ihrer Bewerbungsunterlagen. Einzelheiten möchten wir mit Ihnen während eines Vorstellungsgesprächs erörtern.

VERLAG LAMBERT LENSING GMBH · 46 DORTMUND
Westenhellweg 67 · Telefon 02 31 / 14 57 24

NEUE SPRACHEN BEI LENSING

SPD-Ausbildungs-„Reform"

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung legte am 1. April ihren 2. Entwurf für einen Bildungsgesamtplan vor, der den „zuständigen Bundes- und Länder-Behörden" zur Diskussion zur Verfügung gestellt wurde und Ende Mai veröffentlicht werden soll. Zu diesen Behörden gehört offensichtlich auch die Springerzeitung „DIE WELT", die schon wenige Tage später eine Großkampagne gegen die Bildungsplaner begann, die wieder einmal die enggesteckten Grenzen sozialdemokratischer „Reform"-Möglichkeiten verdeutlichte.

Anfang Februar war es dem Verband deutscher Studentenschaften gelungen, einen ersten Entwurf des Gesamtplans zu veröffentlichen, der seit Oktober (!) 1970 geheimgehalten worden war. Noch klingt uns allen das große Wort des derzeitigen Bundeskanzlers in seiner Regierungserklärung in den Ohren, er werde **„mehr Demokratie wagen."** Als der VDS jetzt zur Offenlegung des zweiten Entwurfs aufforderte, wurde ihm erklärt, man wolle **„den bisherigen Indiskretionen durch eigene Veröffentlichungen nicht weiter Vorschub leisten."** Soviel zum Demokratieverständnis.

Was trotzdem durchsickerte bestätigt den bisherigen Trend: auch die letzten demokratischen Ansprüche der Reform verschwinden langsam; was dadurch finanziell realisierbarer wird, ist die **organisatorische Vereinheitlichung des Bildungswesens, die notwendig ist, um die Auszubildenden je nach wirtschaftlichem Bedarf in die verschiedenen Bildungsgänge steuern zu können.** Hier einige Details: Die Zahl der Schüler pro Klasse wird um 25 Prozent erhöht; somit werden weniger Lehrer benötigt — somit werden Ziele wie Realisierung von „Chancengleichheit" und „Individualisierung des Lernens" noch weiter zurückgedrängt. Die Studentenzahlen werden um ebenfalls 25 Prozent niedriger angesetzt — ein erneuter Beweis für die politische Manipulierbarkeit solcher Prognosen. Das „Beratungs-System (= Steuerungssystem) wird konkretisiert: für jeweils 500 Schüler bzw. Studenten soll ein „Berater" zur Verfügung stehen. Die zwischen den SPD- und CDU-Ländern kontroverse Frage des Lehrers für die Sekundarstufe II (Ein- oder Zweifachlehrer? Gleiche oder längere Ausbildung? Gleiche oder bessere Bezahlung?) wird einfach ausgeklammert. Eine Zentralstelle für Curriculum-Forschung mit dem erklärtermaßen wichtigsten Organ „Staatlicher Lenkungsausschuß" soll dafür sorgen, daß die **Erforschung** von Lerninhalten möglichst gering, die **Lenkung** möglichst umfassend ist. Unverschämt wird der Reformanspruch auf dem Gebiet der Ausbildungsförderung: die monatliche Förderung, die nach realistischen Berechnungen des Deutschen Studentenwerks bereits heute etwa 600,— DM betragen müßte, soll bis 1985 (!) auf 500,— DM (!) ausgebaut werden; die „Ausdehnung der Förderung auf Auszubildende aus Kreisen mit mittleren Einkommen" soll durch eine Anhebung des Freibetrags um etwa 4 Prozent von 860,— DM (1971) auf 900,— DM (1975) erreicht werden (!); realiter bedeutet das bei weit höheren Lohnsteigerungen eine Einschränkung der Zahl der Geförderten.

Doch selbst dieses Minimalkonzept überfordert die finanziellen Kapazitäten einer sozialdemokratischen Regierung. **Wirtschafts- und Finanzministerium trugen das Problem in „Die WELT". Hier erhofften sie sich zu Recht das meiste Verständnis für ihre Nöte.** Folgende Kalkulation wurde aufgemacht: durch längere Ausbildungszeiten würden der Wirtschaft bis 1985 fast 2 Mill. Arbeitskräfte entzogen. Da diese Lücke durch „Gastarbeiter" nicht gefüllt werden kann, sinkt das Wirtschaftswachstum, bleiben Steuern aus, können keine Reformen finanziert werden. Diese Rechnung zeigt deutlich, daß diese Regierung **überhaupt nicht daran denkt, ihre Reformen durch Umverteilungen (Beschränkung des Rüstungshaushalts, stärkere Besteuerung der Großkonzerne) zu finanzieren.** Das beweisen auch die neuesten Zahlen: hatte man bisher immer einen von 4½ auf 8 Prozent erhöhten Anteil der Bildungsaufwendungen am Bruttosozialarodukt bis 1980 angesetzt, so unterstellt man jetzt eine Steigerung des Anteils für die erklärtermaßen vordringlichste „innere Reform" um ½ auf 5 Prozent!

Was da zu tun ist, zeigt die ach so engagierte Bildungsdemokratin Hamm-Brücher (FDP-Staatssekretär bei Leussink) auf. Nicht Prozentzahlen seien entscheidend, sondern effektive Planung. Wenn man heute langfristig plane, brauche man sich ja nicht heute schon Gedanken um die Finanzierung in späteren Jahren machen. Für diese Regierung ist allein wichtig, durch Zurückstellung aller kostspieligen Reformen, die eine Umverteilung der Belastungen erfordern würden, durch Einführung von wenig kostenden Steuerungsmechanismen ihr Reformimage zu wahren; so glaubt sie die nächste Wahl gewinnen zu können. Welche Mechanismen sich da anbieten, zeigen Wirtschafts- und Finanzministerium in der „welt" auf: **noch höhere Schülerzahlen pro Klasse, weitere Studienzeitverkürzungen und — Effektivierung, volle Auslastung der Universitäten durch Studienjahr und neunmonatige Vorlesungszeit** (und das unter den oben aufgeführten „Förderungs"-Bedingungen!). Einen anderen Vorschlag hält Hamm-Brücher bereit: wenn man glaubhaft machen könne, daß **Steuererhöhungen** unumgänglich seien, werde man sicher das „Einverständnis der Öffentlichkeit" finden. Wieder einmal soll die **Allgemeinheit** die Kosten für Maßnahmen tragen, die der **Privatwirtschaft** die unter den neuen technologischen Bedingungen benötigten qualifizierteren und mobileren Arbeitskräfte zuführen!

Offensichtlich ist die gesamte Regierung auf die Linie der hier aufgezeigten „Gegenmaßnahmen" eingeschwenkt, denn neuerdings sieht das Wirtschaftsministerium wieder ein, daß es sich die BRD in Vergleich mit anderen Industrienationen nicht leisten kann, „bei der Wachstumsrate der Kapitalintensivierung Spitzenreiter zu sein, bei der Wachstumsrate der Bildungsintensivierung jedoch hinterherzuhinken"; und das nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern aus Einsicht in dieses Wirtschaftssystem mit seinen immer rascheren technologischen Veränderungen.

Auf diese Weise arbeitet diese Regierung den Rechtskräften in vorzüglicher Weise in die Hände: sie läßt deren Pfründe und Privilegien unangetastet und **mutet den Lohnarbeitenden zu, ihre eigene bessere Verwertbarkeit und Abhängigkeit auch noch selbst zu bezahlen.** Sie unterstützt den Vietnamkrieg durch den Ankauf des Starfighter-Nachfolgers Phantom für 4,5 Milliarden DM, eine Summe, die zum Bau von 1100 Schulen ausreichen würde.

Nicht die Vertretung der Interessen ihrer Wähler, sondern das Bestreben, das Großkapital besser zu „bedienen" als die CDU, kennzeichnet die Regierungspolitik. Durch ihr Lavieren und Kompromißlertum auf dem Rücken der lohnarbeitenden Bevölkerung stellt sie sich selbst in die Ecke der Rechtskräfte um die CDU/CSU und **beweist erneut, daß Reformen im Interesse der Abhängigen nicht möglich sind, wenn die Machtverhältnisse unangetastet bleiben.**

m-f

Professor fragt nach politischer Zuverlässigkeit von Doktoranden

FR 16. 4.

sub BONN, 15. April. Der Bonner Historiker Konrad Repgen, der dem Professorenbund „Freiheit der Wissenschaft" als Vorstandsmitglied angehört, hat in einem vertraulichen Rundbrief mehrere Professoren gebeten, ihm die Namen der Doktoranden und ihre politische Einstellung mitzuteilen. „Dabei wäre durch eine entsprechende Kennzeichnung des betreffenden Namens zu charakterisieren", so heißt es in dem Brief, „welche Personen im Sinne dieses Schreibens absolut zuverlässig, absolut unzuverlässig oder indifferent sind." Repgen will, wie es heißt, über eine Gruppe ihm bekannter, absolut zuverlässiger Promovierender dafür sorgen lassen, daß im „Sprecherrat der Doktoranden" eine konservative Mehrheit zustande kommt; die bislang dort aktiven Doktoranden tragen seiner Ansicht nach dazu bei, daß die wissenschaftlichen Leistungsanforderungen immer weiter abgebaut werden.

Der Bonner AStA hat inzwischen scharf gegen die Gesinnungsschnüffelei Repgens protestiert. Der AStA verlangt die Herausgabe und Vernichtung der Listen und fordert den Rektor auf, ein Disziplinarverfahren gegen Repgen einzuleiten, weil dieser seine Stellung als akademischer Lehrer gegenüber den von ihm abhängigen Doktoranden zu politischen Zwecken mißbrauche.

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trispher
Kleinstlinsen
angenehm zu tragen
unsichtbar · unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Sexualunterdrückung

als systemerhaltendes Mittel der autoritären Gesellschaft

Der Mensch kann sich nur dann als Mensch verwirklichen, wenn ihm durch die Gesellschaft die Befriedigung seiner sexuellen Bedürfnisse ermöglicht wird. Jeder Mensch hat ein Recht auf sexuelle Befriedigung! Jede Einschränkung dieses Rechtes von Seiten der Gesellschaft muß als inhuman und barbarisch bezeichnet werden! In der an Profitmaximierung orientierten kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist der einzelne jedoch massiven Zwängen und Nötigungen seitens gesellschaftlicher Institutionen ausgesetzt, die den Wunsch nach selbstbestimmter Führung eines bewußten Sexuallebens unterdrücken. Hiervon betroffen sind insbesondere Kinder, Jugendliche und ledige Erwachsene, vor allen Dingen dann, wenn sie zu allem Überfluß noch das „Pech" hatten, als weibliches Wesen auf die Welt gekommen zu sein.

Das soziale Umfeld, in dem der Mensch entgegen seinen sexuellen Bedürfnissen seinen Geschlechtstrieb unterdrücken lernt, ist die autoritär und vorwiegend patriarchalisch strukturierte Familie der bürgerlichen Gesellschaft. „Die patriarchalische Familie ist (damit) die strukturelle und ideologische Reproduktionsstätte aller gesellschaftlichen Ordnungen, die auf dem Autoritätsprinzip beruhen." (Reich, 1966, ‚Die sexuelle Revolution', S. 195). Dieses Autoritätsprinzip wird ja gerade geschaffen und verfestigt durch die konsequente Einübung der sexuellen Selbstbeschränkung, welche nämlich eine für autoritäre Direktiven empfängliche Psychostruktur des Menschen zur Folge hat.

Die systemerhaltende Funktion der Familie, als der Produktionssphäre autoritärer Gesinnung, zeigt sich in dreifacher Hinsicht.

— Sie erzeugt in generativer Folge den für die autoritären ökonomischen und gesellschaftlichen Hierarchien notwendigen anpassungsbereiten und gehorsamen Untertanen und bedingt dadurch mittelbar, daß die Masse des Volks durch einige wenige Machthabende beherrscht werden kann.

— Sie sichert ihren Bestand dadurch, daß sie als die einzig legitime gesellschaftliche Institution zur angeblich nichtrepresiven Ausübung von Sexualität von den Herrschenden gefordert und als solche allgemein anerkannt wird. Dabei wird der eigentlich repressive unbefriedigende Charakter der Sexualität einer solchen legitimierten, lebenslänglich monogamen Beziehung geschickt durch die Fixierung auf dieselbe verschleiert; andere Formen sexueller Beziehungen erhalten dadurch automatisch eine starke negative Wertung.

— Sie stellt so gleichzeitig ein Instrument zur Vermittlung einer bestimmten Sexualmoral dar.

Eine kritische Analyse der herrschenden Sexualmoral vorzunehmen, ohne dabei nach den Verantwortlichen zu suchen, hieße den Herrschaftsaspekt außerachtlassen.

„Die Propagierung der Sexualmoral und ihre Durchsetzung mit Hilfe staatlicher Maßnahmen und gesellschaftlicher Zwänge geschieht nicht um der traditionellen Moral an sich, sondern zur Aufrechterhaltung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Die Produktionssphäre der Sexualmoral und Familienideologie ist der Bereich der politischen und ökonomischen Herrschaftsausübung."
(D. Haensch, 1966, Repressive Familienpolitik, S. 31).

In der BRD üben systemerhaltende Funktionen die politisch Verantwortlichen des Ministeriums für Familie und Jugend (Wuermeling, Heck, Braucksiepe ff.) als dem Produzenten der Familienideologie, in Verbindung mit den Ministerien für Justiz, Wissenschaft und Kultur aus, sowie die Gralshüter der bürgerlich-verlogenen sexualfeindlichen Moral in der autoritären Kirchenhierarchie. Mittels der systematischen Verdrängung der sexuellen Bedürfnisse wird das menschliche Bewußtsein derart entstellt, daß es zur Verinnerlichung gerade jener Ideologien veranlaßt wird, die den objektiven Interessen und Bedürfnissen der Menschen diametral entgegengesetzt sind.

Um diesen Verinnerlichungsprozeß nicht mit roher physischer Gewalt durchsetzen zu müssen, wird die Methode der Ideologisierung angewandt, die bewirkt, daß individuelle Verstöße gegen die Normen der Sexualmoral Angst und Schuldbewußtkein im Menschen hervorrufen, worin seine Selbstunterdrückung des ideologischen Menschen resultiert; d. h. der Mensch gibt die innneren zur Rebellion führenden Widerstände insbesondere gegen die ökonomische Ausbeutung auf.

Wer in unserer Gesellschaft hat eigentlich das größte Interesse an der Sexualverdrängung und der dazu notwendigen Methoden und ist somit als eigentlich Verantwortlicher zu betrachten?

In der kapitalistischen Gesellschaft ist dies diejenige Gruppe, „die die politischen und ökonomischen Grundentscheidungen im Interesse einer profitorientierten Warenproduktion treffen oder theoretisch vorbereiten, die die autoritäre hierarchische Struktur der Gesellschaft konzipieren und realisieren." (Haensch a. a. O. S. 36).

Die privatwirtschaftliche kapitalistische Gesellschaft benötigt den zu entfremdeter Arbeit disponierten Menschen zur Realisierung ihrer ökonomischen Interessen (Profitmaximierung) mittels Ausbeutung.

Dies ist nur möglich auf dem Wege der Unterdrückung der Sexualität, die dem Werktätigen den Willen und die Fähigkeit zu selbstbestimmter schöpferischer Arbeit nimmt und damit die Möglichkeit, einen auf den Produktionsablauf und die Produktionsverhältnisse gerichteten relevanten Einfluß auszuüben.

Die sexuelle Unterdrückung ist als eine der wesentlichsten und weitreichendsten Repressionen überhaupt zu bezeichnen (aus der vielleicht sogar alle anderen Repressionen letzten Endes resultieren).

Es muß deshalb eine totale Befreiung der Sexualität gefordert werden!

Diese Befreiung der Sexualität kann nicht erreicht werden durch systemimmanente Reförmchen, die sich nur der Dynamik der ökonomischen Verhältnisse anpassen und damit verstärkt — weil verschleiert — systemerhaltend und -festigend wirken.

SCHAFFT DIE SEXUELLE REVOLUTION!!!!!!

Die Unterdrückung der Sexualität ist ein (wenn auch der wichtigste) Aspekt der gesellschaftlichen Unterdrückung. Ein anderer wäre z. B. die Diskriminierung der Gastarbeiter, Prostituierten und der Frauen.

Mit letzterem Aspekt beschäftigt sich zur Zeit die kürzlich gegründete Emanzipationsgruppe an der RUB, wobei aber keineswegs eine Beschränkung auf dieses eine Gebiet stattfindet (man muß eben nur an irgendeinem Punkt ansetzen), sondern immer der gesamtgesellschaftliche Rahmen im Auge behalten wird, der auch all die anderen Aspekte der Unterdrückung umfaßt.

Es gilt für eine Befreiung der Gesellschaft, besser des Menschen, zu kämpfen!

Kommt deshalb zur AG „EMANZIPATION DES MENSCHEN" Do. 22. 4. 71, 16 Uhr, Baracke 1, Raum 1. Die weiteren Termine werden jeweils am schwarzen Brett in der Mensa, im rubpub, in der BSZ und auf Flugblättern bekanntgegeben.

Volker Holzgreve - Eva Adameit

Erdöl und Vietnam

Seit rund zwanzig Jahren vermuten die Fachleute große Erdölvorkommen in Südostasien, im südchinesischen Meer. Aber den Erdölgesellschaften schien die politische Lage lange Zeit zu unsicher, um große Investitionen zu riskieren. Dies scheint sich jetzt geändert zu haben.

So konnte die amerikanische Zeitschrift Fortune bereits im März 70 berichten, daß die Tenneco, Standard Oil of California, Gulf, Continental, Union Oil of California und British Petroleum (BP) je zwei Millionen Dollar für Erdölrecherchen in diesem Gebiet investiert hätten. Also mußte das Risiko für die Ölgesellschaften kleiner geworden sein!

Ein amerikanischer Geologe drückt es in Zahlen aus: „In 5 Jahren können die Erdölgebiete an den Küsten Thailands, Kambodschas, Malaysias, Südvietnams und Indonesiens täglich 400 Millionen Barrel (etwa 70 Millionen Tonnen) Erdöl produzieren."

Nach Meinung bestimmter Kreise in Moskau, so A.F.P, sind diese Vorkommen, die mit denen im Nahen Osten vergleichbar seien, unter der alluvialen Ebene von Basse-Ménam entdeckt worden, in deren Zentrum Bangkok liegt, ebenso im Mekong Delta und an den Küsten. Diese Vorkommen, heißt es, seien nach einer langen Periode vergeblicher Versuche gefunden worden, die man nicht in der erforderlichen Tiefe vorgenommen habe. Die Entdeckung habe die Amerikaner veranlaßt, ihren Truppenabzug aus Indochina zu verlangsamen. Washington könne diese endgültigen Informationen im vergangenen Frühjahr erhalten haben — vor der Ankurbelung der Krise in Kambodscha.

Dazu bemerkt die Weltwoche: „Unter diesem Gesichtspunkt werden die amerikanischen Anstrengungen in Indochina, die in der Welt, sogar in den Vereinigten Staaten selbst, so übelgenommen werden, allmählich begreiflich ..." Begreiflich wird unter diesem Aspekt auch der Putsch gegen den kambodschanischen Staatschef Prinz „Sihanouk im März 1970, denn für die Ausbeutung der Ölquellen in den Gebieten Kambodschas bedurfte es eines gefügigen Parteigängers amerikanischer Politik, nicht aber eines selbständigen, neutralistischen Politikers. So ist es nicht verwunderlich, daß Prinz Sihanouk im Januar dieses Jahres heftig gegen die Vergabe von Ölkonzessionen an ausländische Firmen protestierte. Inzwischen hat die Regierung Lon Nol den Großteil der Konzessionen an amerikanische Ölgesellschaften vergeben. Auch in Südvietnam bemühten sich die Manager der großen Ölgesellschaften um die Zuteilung von Erdöl-Konzessionen; und Präsident Thieu beeilte sich, ihnen günstige Bedingungen zu gewähren; im Dezember unterzeichnete er nach der Annahme durch die Nationalversammlung das Gesetz Nr. 011-70 über die Erforschung und Ausbeutung von Erdölvorkommen, das liberaler ist als alle früheren Gesetze, Steuerermäßigung für Gewinne vorsieht, die Ausfuhr von allen Abgaben befreit und den Gesellschaften garantiert, daß ihr Besitz und ihre Rechte nicht verstaatlicht werden. Nach Angabe der amerikanischen Frauenbewegung „Another Mother for Peace" sollten bereits im Februar dieses Jahres 17 Konzessionen von Saigon vergeben werden, die meisten wiederum natürlich an amerikanische Konzerne.

Diese amerikanische Frauenbewegung verlangt nun von dem außenpolitischen Senatsausschuß Antwort auf die Frage „Sterben unsere Söhne für Öl in Vietnam?" Der Vorsitzende dieses Ausschusses, Senator Fulbright, hat die Frage an die Regierung in Washington weitergeleitet und inzwischen eine Antwort erhalten: „Die amerikanische Regierung hat noch keinen Beweis für die Existenz von Erdölvorkommen und weiß nicht, ob die Regierung von Saigon die Absicht hat, demnächst Konzessionen an ausländische Gesellschaften zu vergeben." (Le Monde vom 5. 3. 1971). Zwei amerikanische Journalisten berichteten jedoch am 25. 2. 1971 in „The Village Voice", der Firmensprecher einer großen Ölgesellschaft habe — allerdings mündliche — Zusicherungen von Regierungsvertretern in Washington, daß die „amerikanische Armee in Südvietnam präsent bleiben" werde. Eine andere Firma habe Zusicherungen „politischer Art" erhalten. Aber wahrscheinlich können die amerikanischen Mütter beruhigt sein — der CIA sorgt dafür, daß weniger ihre Söhne, sondern die Khmer, Thailänder usw. für das Öl der amerikanischen Gesellschaften in Südostasien sterben. Ob sie das wirklich beruhigen kann?

Während Nixon in seinen Erklärungen die Ölvorkommen und Ölkonzessionen mit keinem Wort erwähnt, heißt es in einer Erklärung des nordvietnamesischen Außenministeriums in bezug auf die Unterzeichnung des Ölgesetzes von Saigon: „Diese Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Südvietnam, ebenso die fieberhaften Anstrengungen, die sie in letzter Zeit unternommen haben, um sich der Erdölvorkommen und anderer Bodenschätze in den Küstengebieten von Kambodscha, China und Korea zu bemächtigen, haben das neokolonialistische Gesicht der Imperialisten in Asien stärker enthüllt. Die angebliche Nixon-Doktrin ist nur darauf aus, eine Politik zu verwirklichen, die darin besteht, Asiaten gegen Asiaten aufzuhetzen, um die Bodenschätze der Völker dieses Gebiets mit Beschlag belegen zu können": Es scheint so, als sei die amerikanische Strategie bereits jetzt fest auf dieses Ziel gerichtet.

ELISABETH RAUCH

Südostasien: Herrschaftszonen der Ölkonzerne

Men like its flavor Women love its aroma
RUM and MAPLE
PIPE MIXTURE
2.50
Gratismuster * PLANTA * Berlin 61

Meilenweit entfernt:
Ihre Reiseziele
ein paar Schritte nur
Ihr Studenten-Reisedienst
Die Plätze an der Sonne werden schon knapp!
In Spanien, Jugoslawien, England und Frankreich nicht mehr viele Plätze frei — schnelle Buchung erforderlich!
USA-Flüge für Studenten DM 595,—
Sonderprospekt für Israelreisen eingetroffen!
Studenten-Reisedienst Bochum
Baracke 9 an der Mensa
Telefon 71 39 80 — 70 14 57

PRÜFUNGSTERROR

Die Universität kann solange ihren Anspruch als „wissenschaftliche" Ausbildungsstätte nicht ernsthaft vertreten, wie alle Studentinnen und Studenten nicht für irgendein Studium bzw. Beruf studieren, sondern als Studienziel nur das Bestehen eines Examens vor Augen haben. Die bisherige Prüfungssituation formt Persönlichkeitsstrukturen, bei denen der affektive und intellektuelle Bereich voneinander isoliert sind; sie hemmt ferner eine individuelle Entfaltung und tiefere Identifizierung mit dem Arbeitsbereich. Das heutige Prüfungssystem erregt unnötige Ängste, die mit seiner angeblichen Zielsetzung, den Ausbildungserfolg zu erfassen, nicht vereinbar sind. Die Prüfungen tragen nicht dazu bei, irgendwie den eigenen Leistungsstand festzustellen, sondern sind ritualartige Reglementierungen einer nur auf „Leistung" hin orientierten Gesellschaft. Sie führen zu sinnloser, masochistischer Anhäufung von positivem Wissen in den letzten Jahren des Studiums, während unbedingt notwendige Fähigkeiten wie kritisches Denken und Kreativität verkümmern. Solange das bestehende Prüfungssystem an den Universitäten noch existiert, sind alle Reformen von Studieninhalt und -form zum Scheitern verurteilt, da nicht sie, sondern die anachronistischen Prüfungsmechanismen studienmotivierend sind. Eine Hauptaufgabe in allen Abteilungen muß daher sein, neue Prüfungsformen zu schaffen, die zusammen mit der Studienreform erst die notwendigen neuen Studieninhalte ermöglichen können.

Ritual fürs Erwachsenwerden

„Ziele, Inhalte und Formen von Prüfungen müssen sich orientieren am Ziel des Studiums, dem Erwerb der Fähigkeit zweckrationalen Handelns für bestimmte Lebensbereiche, das auf die Interessen individueller Emanzipation und den Abbau von Herrschaft bezogen ist, um so die Gesellschaft zu verändern und kulturelle Innovation zu ermöglichen." — Das ist die Theorie. Wer Examen machen will, muß sich mönchartig für etwa 1 Jahr von seiner Umwelt zurückziehen, frißt in dieser Zeit unheimlich viel positives Wissen aus seinem Prüfungsfach in sich hinein, das er eigentlich überall nachschlagen kann und später nie braucht und kotzt das dann — unter sadistischem Prüfungsstress — seinen völlig willkürlichen, „weisen" Prüfern wieder vor — das ist die Praxis.

Prüfungen aller Art leiten sich von archaischen Ritualen ab, mit deren Hilfe einzelne gesellschaftliche Gruppen dem einzelnen die Übernahme von Funktionen, die meist auch Herrschaft bedeuten, zeitweise erschweren oder auch gänzlich verweigern. Andere „Prüfungen" bedeuteten den Übergang von der Kindes- zur Erwachsenenwelt.

Viel anders ist es bei den heutigen Prüfungen auch nicht:

Wer bislang als „Student" toleriert wurde und einen „Persilschein" für unkonventionelles Verhalten hatte, erhält durch seinen Examensschein den Schlüssel zu gesellschaftlichem Ansehen, Teilhabe an Macht und finanziell eine Stellung, die den teilweisen bisherigen Konsumverzicht schnell vergessen lassen. Erkauft wird diese Stellung jedoch mit der völligen Integration in unser Gesellschaftssystem, mit der Identifizierung mit den Interessen bestimmter Gruppen und mit dem völligen Verzicht auf Individualität. (Hier sei z. B. daran erinnert, daß in NRW nicht Richter werden kann, wer Demonstrationstips gibt u. ä.)

ALLWISSENHEIT

haben die meisten Prüfer zwar nicht gefressen, sie tun aber so. Abgesehen von der zweifelhaften Qualifikation der Prüfer (warum darf nicht auch der prüfen, der die Lehrveranstaltungen abgehalten hat und die Probleme der Studierenden besser kennt als die „Lehrstuhlinhaber"?) ist die Willkür einer Prüfungskommission einer der angreifbarsten Punkte der heutigen Prüfungspraxis.

Es geschieht nicht selten, daß die Prüfer Fragen stellen, die sie selbst ohne Hilfsmittel nicht beantworten können. Das Gefühl, genau zu wissen, daß der Prüfling sich auf ein anderes Spezialgebiet vorbereitet hat, und trotzdem nicht zu beantwortende Fragen zu stellen, wird wohl nur demjenigen Lust bereiten, der sich selbst in einer jahrelangen sinnlosen Habilitation zum Ansehen eines Professors verholfen hat.

Das Prüferverhalten ist einer der wesentlichen Mißstände, die eine Beibehaltung der Universitätsexamen in Frage stellen.

Nicht erforderlich

ist eine Beschränkung der Prüfung auf Staats- oder Diplomarbeit, Aufsichtsarbeiten ohne Hilfsmittel und mündlicher Prüfung als Frage und Antwort.

Die folgende Aufzählung enthält einen Katalog möglicher Prüfungsformen, die zum großen Teil repressionsfreier und kreativitätsfördernder sind als die bisherige „Trinität":

— Erledigung selbständiger praktischer Aufgaben über längere Zeit hin;
— Vorführungen;
— Mündliche Prüfung als Diskussion, als Vortrag (Prüfungsgespräch nach gestellten Aufgaben);
— Hausarbeiten mit oder ohne Terminbeschränkung, mit gestellten oder frei gewählten Themen, mit beliebigem oder begrenztem Umfang;
— Klausuren als Tests, Problemaufgaben, mit Themenauswahl, Aufsätze, Gutachten, mit Benutzung von Hilfsmitteln;
— Gruppenarbeiten;
— interdisziplinäre Arbeiten;
— Planspiele;
— Selbständige Leistungen freier Wahl.

PERSPEKTIVEN

Als langfristig zu erreichendes Ziel kann nur die gänzliche Abschaffung aller Prüfungen gefordert werden, die irgendwelche Züge der jetzigen Prüfungspraxis tragen; kurzfristig muß man sich mit der partiellen Rücknahme der ärgsten Repressionen begnügen. Auch muß z. Z. eine Ausweitung der allein kapitalistisch orientierten Berufseingangsprüfungen verhindert werden.

Die Ziele und Inhalte der Prüfungen

Die Problematik von Prüfungen ergibt sich zwangsläufig aus der Verkoppelung der eigentlichen Prüfung (= Feststellung von Verhaltensformen, Kenntnissen, Fertigkeiten usw.) mit Rechtsfolgen (Berechtigungen). Überall wo es gelingt, diese Verkoppelung zweier Kategorien zu durchbrechen (aufzulösen), entfällt ein Großteil der Probleme.

Die kapitalistisch-leistungsorientierte Gesellschaft sperrt sich gegen die Auflösung der Verkoppelung mit (Schein-)Argumenten wie:

● Prüfungen dieser Art habe es schon immer gegeben und
● Punktuelle Prüfungen seien die effektivste Form von Kontrolle.

Tatsächlich dienen Prüfungen (besonders punktuelle Prüfungen) der Einprogrammierung derjenigen Verhaltensformen, die von der prüfenden Institution gewünscht werden (repressive Funktion der Prüfungen).

Prüfungen dienen damit zur Reproduktion des Systems, in dem sie gefordert werden.

In einem spätkapitalistischen System (BRD) entsprechen die Ziele und Inhalte der Prüfungen nicht den objektiven Anforderungen der Gesellschaft, sondern denen der in dieser Gesellschaft Herrschenden. In unserer konkreten Situation dienen Prüfungen zur Bestätigung der Herrschaft der Herrschenden und zur Unterdrückung von Emanzipation. Prüfungen sind ein Mittel zu Repression und Manipulation (Entmündigung).

Prüfungen in der Hochschule (als einem Ort praktizierter Wissenschaft) können in ihren Zielen und Inhalten nur nach Zielen und Inhalten von Wissenschaft bestimmt werden, d. h. sie müssen partizipieren an der emanzipatorischen Funktion der Wissenschaft und an der gesellschaftlich zu verantwortenden Funktion von Wissenschaft in der Gesellschaft.

FOLGERUNGEN

● **Wenn Studium als Einheit verstanden wird, müssen die Koppelung von Feststellung und Rechtsfolgen, zumindest für die Dauer des Studiums, aufgegeben werden.**
● **Prüfungen können nur dann emanzipatorisch wirken, wenn sie Informations- und Beratungscharakter für Prüflinge und Prüfer haben.**
● Gesellschaftlich verantwortetes Studium kann nicht durch außengegebene Forderungen erzwungen und kontrolliert werden, sondern sich nur im Verlauf und im Aufbau des Studiums entwickeln.
● **Prüfungen haben sich in Inhalt und Zielsetzung an Inhalt und Ziel des Studiums zu orientieren, und nicht umgekehrt.**

M. Schütz, Blickp. 1

INFORMATIONEN

— Eine hohe Durchfallquote findet sich in den Abteilungen, in denen nur eine Abschlußprüfung am Ende des Studiums steht. Dabei scheint sich ein nicht vorgeschriebener Stundenplan zusätzlich negativ auf die Ergebnisse in den abschließenden Prüfungen auszuwirken.
— **Eine niedrigere Durchfallquote haben Abteilungen, wo Zwischenprüfungen abgelegt werden müssen.**
— Die höchste Durchfallquote haben wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultäten.
— Das Verhältnis zum Vater hat einen entscheidenden Einfluß auf die Einstellung zum Examen.
— Bei den Anglisten soll die Durchfallquote der Zwischenprüfung von 5 Prozent auf 50 Prozent angestiegen sein, als die Studentenmassen kamen und trotzdem nur eine gleichbleibend hohe Zahl ins Hauptstudium sollte.
— Personen mit Prüfungsstörungen arbeiten seltener nach Plan und in Gruppen zum Examen; die Fähigkeit zur Entspannung fehlte ihnen weitgehend.
— Die Belastung vieler Hochschullehrer durch die Prüfungsverfahren ist z. T. erheblich. Einige Professoren prüfen mehr als 200 oder gar 300 Studenten in einem Jahr und erledigen umfangreiche Beratungs- und Korrekturarbeiten.
— Eine realitätsblinde Studien- und Berufswahl ebenso wie eine fehlende oder nur vage Zukunftsvorstellung sind typisch für den Examensneurotiker. z. T. Blickp. 1

Die Unvernunft des Prüfungswesens

84,4 Prozent von 2153 schriftlich befragten Studenten höherer und letzter Semester an 45 deutschen Hochschulen und Instituten haben zugegeben, daß sie sich durch die Tatsache, am Ende ihres Studiums eine mündliche Schlußprüfung ablegen zu müssen, von ihren Professoren abhängig fühlen.
56,6 Prozent der interviewten Studenten gaben zu, daß sie die Tatsache dieser Schlußprüfung daran hindert, Kritik an Lehrmeinungen oder an bestehenden Verhältnissen innerhalb ihrer Hochschulen zu üben.

Mindestens ebenso viele Studenten gaben an, im Beisein von Professoren und Dozenten noch nie oder nur einmal gewagt zu haben, Kritik an Lehrmeinungen oder an bestehenden Verhältnissen in ihrer Hochschule zu äußern („einmal, aber nie wieder").

● **Wissenschaft ist nur möglich, wo alle am Wissenschaftsprozeß lehrend und lernend beteiligten Personen unabhängig und frei sind, ihre Fragen und Beiträge zur Forschung und Sachdiskussion ohne außersachliche Einflüsse leisten können und keinem psychischen Druck unterliegen.**

Zweifel an der Objektivität, Sachgemäßheit und Gerechtigkeit dieses Prüfungsverfahrens wurden von der Mehrzahl der interviewten Hochschullehrer geäußert.

Hierbei wurde u. a. hingewiesen auf die Verschiedenheit der Prüfungsanforderungen und Schwierigkeitsgrade, des Prüfungsstils, der Zahl der nicht bestandenen Prüfungen, der Beurteilungsmaßstäbe bei der Benotung, des Prüfungsklimas und der Zahl der Prüfungen, Prüfer und Geprüften.

● **Wissenschaft fordert größtmögliche Objektivität und Sachgemäßheit. Alle Verfahren und Systeme, die hierzu im Wege stehen, widersprechen der Wissenschaftlichkeit der Hochschulen.**

Stimpel Blickp. 1

Mutprobe oder Leistungsmessung

Die entscheidende psychische Wirkung der früheren Prüfungsriten war, Angst zu erregen; ihre entscheidende Funktion war, die Fähigkeit des Prüflings zu messen, Angst zu ertragen.

Diese ursprünglichen Eigenschaften sind auf Grund der Prüfungsstruktur bewahrt worden und nicht auf Grund von Prüflings- oder Prüferneurosen.

Wegen der Wechselwirkung dieser heute noch induzierten Angst mit den dadurch besonders störbaren intellektuellen Funktionen ist die jetzige Prüfung für die Messung von Kenntnissen und der Fähigkeit, mit ihnen umzugehen, ausgesprochen ungeeignet. Sie verhindert, was sie messen soll.

Jenseits ihres zweifelhaften Reproduktionscharakters haben die Universitätsexamina bis heute nicht ihre Funktion als z. T. offen sadistisch gehandhabte Instrumente zur Ängstigung, Peinigung, Demütigung und Unterwerfung der Examinierten abgebaut.

Sie beinhalten damit Motive zusätzlicher Repression, welche die künftigen Macht- und Funktionsträger deformieren und anpassen soll an die Bedingungen eines Herrschaftssystems, das sich selbst auf eine Skala von Maßnahmen stützt, die von sublimster Manipulation bis zum offenen Terror reichen. Dieser disziplinierende Charakter von Prüfungen gewinnt besondere Bedeutung vor dem Hintergrund der bildungsökonomischen Situation in der BRD und den damit verbundenen Formierungstendenzen.

Nur kurz angesprochen werden soll das von Prüfungsangst geprägte Krankheitsbild, welches gerade jene intellektuellen Dimensionen hemmt, die zu prüfen vorgegeben werden (wer glaubt, wegen seiner Bärennatur oder besonders guten Vorbereitung davon nicht betroffen zu werden, wird sich wundern).

Üblich sind: Schlafstörungen, Magen- oder Darmbeschwerden, Kopfschmerzen, starker Gewichtsverlust, psychische Erkrankungen, Selbstmordtendenzen, Prüfungsunfähigkeit. Das „Aussteigen" aus Prüfungen ist meist eben nicht gespielt, um Zeit zu gewinnen. Prost Prüfung.

z. T. mb

Verantwortlich für diese Seite:
Erich Eisel — SHB
Zeichnung: Norbert Figge

In der nächsten BSZ:
● PRÜFUNGSTERROR, 2. Teil
— Situation in Bochum
— Konkrete Maßnahmen

„Südafrika ist in der Tat ein Arbeitslager, soweit es die Afrikaner betrifft!"

„Das Ergebnis der Gesetze und Anordnungen, die das System der Apartheid kennzeichnen, ist die Schaffung eines indirekten Zwangsarbeitssystems mit einem Überangebot an billigen farbigen Arbeitskräften. Der gesamte südafrikanische Boom beruht also auf dem System der Ausbeutung der Farbigen."

Diese Kernsätze aus der UN-Analyse „Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika" kennzeichnet die Verquickung von Apartheidsmythos und handfesten ökonomischen Interessen, der man hier einmal in aller Kürze nachgehen sollte.

Apartheid

Apartheid ist (lt. Duden-Lexikon) die „Bezeichnung für die politische, soziale, wirtschaftliche und räumliche Trennung zwischen ...Farbigen und ... Weißen in der Republik Südafrika. Das Streben nach Apartheid von seiten der Mehrheit der weißen Bevölkerung ist die Abwehrreaktion gegen die Farbigen, die aus den Stammesgebieten in die Städte drängen. Die südafrikanische Regierung unternimmt zur Ergänzung der Maßnahmen, die nur eine Abschirmung der Positionen der Weißen darstellen, Anstrengungen, um die materiellen Voraussetzungen für die Apartheid (z. B. Einrichtung von Arbeitsplätzen in den Reservationen) zu schaffen. Der konstruktiven Lösung des Problems steht die Haltung vieler weißer Südafrikaner entgegen, denen es ausschließlich um die Zurückdrängung der farbigen Bevölkerung geht." Diese — im übrigen tendenziöse und falsche — Charakterisierung der **praktisch umgesetzten Apartheid** eignet sich wohl nur von ihrem ersten Satz her dazu, den eigentlichen Gehalt der **Apartheidsideologie** darzustellen. Apartheid — puristisch verstanden — fordert, einem angeblich naturgemäßen Unterschied zwischen Schwarzen und Weißen Rechnung tragend, eine völlige Trennung der Lebensbereiche beider Gruppen in jeder Hinsicht. Apartheid in diesem Sinne (im übrigen Lehrfach an südafrikanischen Universitäten) — ganz abgesehen von ihrem Charakter einer Irrlehre — muß konsequenterweise als Richtschnur für eine Praxis der Apartheid zu ganz anderen Ergebnissen kommen, als sie in der südafrikanischen Politik konkretisiert werden. Beispielsweise müßten Fabriken vom Management bis zu den Arbeitern vollständig mit Weißen **oder** Schwarzen besetzt sein. Oder: die Schwarzen müßten sich eigentlich völlig autonom selbst regieren können, eine Forderung, die in letzter Konsequenz zur Spaltung in zwei Staaten führen müßte.

Dies alles zeigt, daß der sogenannte Apartheidsmythos oberste Richtschnur südafrikanischer Politik nicht sein kann. Zwar versucht die südafrikanische Republik (SAR) in ihrem deutschsprachigen Botschaftsblatt „Panorama", um good will für die konsequente Anwendung der Apartheidsideologie in der Praxis zu werben, jedoch zeigt sich bei genauerem Hinsehen bald, daß hier weder Konsequenz vorliegt, noch daß Apartheid der oberste Grundsatz dieser Politik ist. Schlicht gesagt stellt die Apartheidsideologie lediglich eine Tarnkappe oder anders gesagt einen Überbau für ein System kolonialer Ausbeutung dar. Groteskerweise ist dieser Überbau durch sein Gegenteil ersetzbar, ohne daß sich an der ökonomischen Interessenlage und -identität etwas zu ändern braucht. Denn beispielsweise Portugal (vertreten in Mozambique und Angola) hat auf seine Fahnen die „portugiesische Gemeinschaft mit euro-afrikanischen Zügen", eine Ideologie der Rassenmischung, die absolute Alternative zum südafrikanischen Rassismus, geschrieben, findet sich aber in beispielloser Eintracht mit der SAR bei der militärischen Einkreisung Sambias und Malawis. „Als 'bewaffnete Partisanen nach Malawi einsickerten' hätte es '... im Notfall nur eines Anrufs in Pretoria bedurft, um ein paar wohlbewaffnete Polizeihubschrauber nach Malawi in Marsch zu setzen.'" (Kursbuch 21, S. 152). Weiterhin wird der Überbaucharakter der Apartheidsideologie an folgender Meldung deutlich: Mischlinge dürfen neuerdings in sonst für Weiße reservierten Berufen arbeiten, weil dort weiße Arbeitskräfte zu teuer sind.

Augenscheinlich wird die Apartheid sofort über Bord geworfen, wenn sie der wirtschaftlichen Entwicklung hinderlich ist.

Statistik der Ausbeutung

(Die folgenden Zahlen entstammen dem Kursbuch 2, 1965; die Relationen dürften sich nicht grundlegend geändert haben.)

	Weiße (Europäer)	Schwarze (Afrikaner)
Bevölkerung in Mio	3	11
Jährliches Pro-Kopfeinkommen (1959)	$ 1819	$ 109
Durchschnittlicher Jahreslohn eines Bergarbeiters (1962)	$ 3587	$ 216
Alter der steuerpflichtigen Personen	21—60 J.	18—65 J.
Steuerfreies Einkommen	$ 840	$ 0
Aufwendungen für das Erziehungswesen pro Schüler (1962)	$ 182	$ 18
Kindersterblichkeit auf 1000 Geburten	27	über 200
Bevölkerung in Prozent (die Differenz entspricht dem Anteil der Asiaten und Mischlinge)	19	68
Aufteilung des Landes in Prozent	87	13
Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter	340 000	0
Aufgrund der Paßgesetze verurteilte Personen	0	384 000

Verhalten der Wirtschaftspartner

Gerade am realen Verhalten der Wirtschaftspartner der SAR läßt sich deutlich die Interessenidentität im Weltmaßstab zeigen. Dabei wäre es allerdings ein Fehler, verbale, moralisierende Resolutionen gegen die Apartheid heranzuziehen. Sobald es nämlich in der UNO-Resolution um ein weitergehendes wirtschaftliches Embargo gegen die SAR ging, zeigte es sich, daß Frankreich, Großbritannien und die USA, die sich in der SAR neben der BRD besonders stark engagiert haben, ihre Zustimmung verweigerten, während beispielsweise Länder, für die — relativ gesehen — eine Einschränkung des Handels mit der SAR ein größeres Opfer bedeutete, diese Konsequenz zogen (Ghana, Nigeria, Sierra Leone, VAR). Das Verhalten der kapitalistischen Industrienationen gegenüber der SAR, das gekennzeichnet ist durch den Widerspruch zwischen moralischer Entrüstung über die Apartheid und steigendes wirtschaftliches Engagement, stärkt die Position der Apartheidsvariante des kapitalistischen Systems in Südafrika, weiterhin den geographisch und politisch zusammenhängenden Gürtel Angola, SAR, Rhodesien, Mozambique und richtet sich so gegen die in diesen Ländern agierenden Befreiungsbewegungen (FRELIMO, MPLA), die hier — deutlich wie sonst nirgendwo — konstruktive Arbeit leisten (Aufbau eines Gesundheitswesens, eines Bildungswesens).

Die guten Beziehungen der deutschen Industrie zur SAR (attraktiv dort sind: ein aufnahmefähiger Markt, billige Arbeitskräfte, Rohstoffquellen) zeigen, daß man augenscheinlich prinzipiell an diesem System nichts auszusetzen hat, jedoch es wohl für unklug hält, die Gegensätze so zuzuspitzen. U.a. sind folgende Firmen in der SAR vertreten:

Hoechst, Bayer, BASF, DEGUSSA, AEG/SIEMENS, Flick/Quandt, Thyssen, Krupp, Kloeckner, Hoesch, GHH, DEMAG, KHD, Deutsche Bank, Dresdner Bank etc. (insgesamt über 300 deutsche Unternehmen). Flankiert wird dieses Engagement durch die Lieferung von Waffen durch die BRD an Portugal, die dann „auf unerklärliche Weise" in Afrika (Angola, Mozambique) wieder auftauchen; von Düsenjägern bis zu Gewehren und Maschinenpistolen. Motivation dieser Waffenlieferungen dürfte letztlich die Erkenntnis sein, daß starke Befreiungsbewegungen um die SAR den deutschen Firmen gefährlich werden könnten. Auch hier: Es geht um Profite und nicht um Menschen.

Studentische Literatur
KUNST & BÜCHER SCHEUNE
Lennershofstraße
hinter der AStA-Baracke

Auf Mitbestimmung orientieren?

Fortsetzung von Seite 1

Bildungsplanung und Formierung

Denn der westdeutsche Kapitalismus hat ein Stadium der Konzentration erreicht, in dem die großen Konzerne ihr Kapital nur dann noch profitabel verwerten können, wenn sie durch Zuhilfenahme des Staates die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Profitmaximierung immer besser vorausplanen können.

Der Prozeß der Planung, der z. B. den vernachlässigten und noch feudal strukturierten Hochschulbereich erfaßt hat, erhält seinen besonderen kapitalistischen Inhalt dadurch, daß die Staatsbürokratie nicht auf die demokratisch festgestellten Interessen der Bevölkerung hin plant und planen kann, sondern die Konditionen der Großkonzerne und ihrer Wirtschaftsverbände erfüllen muß. Diese berücksichtigen ihrerseits die Bedürfnisse der Bevölkerung nur da, wo sie Profit daraus ziehen können, und investieren nur dort, wo sich, notfalls durch Steuersubventionen, das Kapital am schnellsten vermehrt. Das führt dazu, daß die staatliche Forschungsplanung vor allem das Ziel hat, neue Technologien zu erforschen und zu finanzieren, wie z. B. Atomforschung und EDV, bis sie zur profitablen Verwertung reif sind, ganz abgesehen von der Förderung der immer profitablen Rüstungsforschung.

Planungsgriff des Kapitals

Hinzu kommt, daß eine langfristige Planung des Ausbildungssektors nach den Erfordernissen der Wirtschaft auf die Schwierigkeit stößt, daß diese selbst nicht geplant wird, sondern den partiellen Interessen der Einzelkapitale unterliegt und von den Konjunkturzyklen abhängig ist.

Darum muß die Staatsbürokratie Planungsinstrumente und Lenkungsmehtoden entwickeln, mit denen sie den Wissenschafts- und Ausbildungssektor fest unter Kontrolle hat und zur Krisensteuerung entsprechend den Konzernstrategien jederzeit so durchgreifen kann, daß kurzfristig Studentenzahlen geändert, die Fächerwahl gelenkt und die Ausbildungsziele angepaßt werden können.

Eine Regierung, die diese zur Sicherung des Systems erforderlichen Maßnahmen nicht durchführen wollte, würde von der wirtschaftlichen Machtelite durch ökonomischen Boykott, soziale Demagogie und politische Manipulation schnell gestürzt werden.

Wieviel Mitbestimmung?

Auch die SPD kann daher, selbst wenn sie es wollte, **Mitbestimmung auf der Ebene zentraler Planung** und der Gesamthochschulebene nicht oder **nur in dem Sinne** einführen, daß die Beteiligten die **vorgegebenen** bildungsökonomischen **Grundentscheidungen ausfüllen** oder unwesentlich variieren könnten.

Dagegen kann auf unterer Ebene und in solchen Fragen, die entweder **die Klasseninteressen des Kapitals wenig berühren,** oder in denen die Bürokratie **noch keine konkreten Pläne** hat und auf die Mitarbeit der unteren Entscheidungsebene angewiesen ist, **im günstigsten Falle** eine **hochschulinterne Mitbestimmung** in dem Sinne erreicht werden, daß **in dem vorhandenen Spielraum** die Studenten ihre Interessen **gegen die Reaktionäre** in der Uni durchsetzen können.

MITBESTIMMUNG AUF ABTEILUNGSEBENE durch paritätische Satzungen muß demnach **erkämpft werden,** um den Entscheidungsspielraum, den uns die Gesetze und Pläne lassen, zu unseren Gunsten auszunutzen, durch **Einfluß auf Personalentscheidungen, interne Mittelverteilung, Lehrmethoden, Studienpläne etc. und zur Absicherung der Selbstorganisation und Mobilisierung der Studenten gegen die formierenden Maßnahmen in ihrem Fach.**

Mitbestimmungsrechte in zentralen Gremien können dazu benutzt werden, evtl. die „gröbsten Frechheiten" der Bürokratie zugunsten milderer Formierungsmittel abzuwehren und Fortschritte in einzelnen Abteilungen so weit wie möglich formal gegenüber dem Staat abzusichern.

Vor allem aber muß durch eine Konfliktstrategie, d. h. Hineintragen und Nichtverschleiern der vorhandenen Konflikte, die eigentliche Ohnmacht solcher demokratischer Spielwiesen aufgezeigt werden und durch Aufklärung über die wahren Machtverhältnisse und die Entscheidungsabläufe die Selbstorganisation und eigene Aktivierung der Studenten vorangetrieben werden.

Richtig ansetzen!

Forderungen nach Mitbestimmung sind deshalb in der Universität nicht als politisches Allheilmittel gegen die Macht des Kapitals und den Vormarsch der Reaktion zu propagieren, sondern als ein Mittel im Rahmen eines Kampfes, der wesentlich auf die **Bereitschaft der Studenten zu kollektiven Kampfmaßnahmen** und **selbständiger Auseinandersetzung mit** den kapitalistischen Herrschaftsverhältnissen angewiesen ist.

Integration

Orientierung auf Mitbestimmung vernachlässigt eine wesentliche Erfahrung der Studentenbewegung: daß nämlich die Möglichkeit, einige Vertreter in Gremien zu delegieren, ständig die Tendenz hat, die Vertretenen zu demobilisieren, weil sie glauben, daß dann auch ohne sie etwas geschieht, und die Vertreter zu integrieren, weil sie alleine schwach sind. Das wird nicht durch guten Willen der Vertreter anders, sondern nur dann, wenn man von der Erkenntnis ausgeht, daß Gremienarbeit nur dann eine politische Perspektive erhält, wenn sie auf der Aktivität der Vertretenen aufbaut.

Mitbestimmung ohne solche mobilisierte Basis ist eine leere Hülse, die auch durch aktive Studentengruppen nicht ausgefüllt werden kann, und Orientierung der Studenten auf diese formale Position macht die Mitbestimmungsparole vollends zum ideologischen Wasserkopf. **Von** diesem und **den formalen Rechtspositionen wird sich die Sammlung der rechten Kräfte nicht aufhalten lassen,** auch wenn diese laut gegen die Mitbestimmung zu Felde ziehen.

Angst zu haben brauchen sie erst, wenn die Studenten ihrerseits so organisiert und mit anderen Massenorganisationen gemeinsam so stark auftreten, daß die inhaltlichen Ziele der Formierung und die politische Macht der Kapitalvertreter gefährdet werden.

Reinhard Zimmermann — SHB

STUDIENKREIS FILM

Filmclub an der Ruhr-Universität

PROGRAMM-VORSCHAU

Montag, den 26. 4.
UNDERGROUND USA
New American Cinema 1960/1970
Filme von Stan Brackhage, Kenneth Anger, Ed Emshwiller, Scott Bartlett, Agnès Varda und anderen

Mittwoch, den 28. 4.
Carol Reed:
DER DRITTE MANN G B 1949
Buch: Graham Greene. Musik: Anton Karas
mit Orson Welles, Joseph Cotten, Alida Valli, Paul Hörbiger, Trevor Howard
und Santiago Alvarez: **LA GUERRA OLVIDADA**
Cuba 1967. Filmische Dokumente über eine unbestrafte Aggression — USA in Laos.

Mittwoch, den 5. 5.
Jean-Luc Godard:
WEEK-END F 1968
mit Mireille Darc und Jean-Pierre Léaud
Farbe. Originalfassung mit Untertiteln

Gedrucktes Programm erscheint demnächst.

ACHTUNG!

Wir sind in einem neuen Hörsaal! Er heißt
HZO 20
Hörsaalzentrum Ost Saal 20.
Die Signal-Farbe dieses Hörsaals ist BLAU. Er liegt direkt neben dem Op-Art-Fenster von Vasarely, wo auch die Kasse aufgebaut sein wird. Ihr werdet es schon finden. Die Anfahrt ist dieselbe, wie bisher zu HNA 600.

Eine Bitte der Hausverwaltung:
Bitte, parkt Eure Autos so, daß in Notfällen Krankenwagen und Feuerwehr noch durchkommen können! Es soll Fälle gegeben haben, wo Verunfallte wegen sorglos geparkter Filmbesucher-Autos nicht abtransportiert werden konnten.

Arbeitsperspektiven

Gegenwärtig studieren in der Bundesrepublik ca. 25 000 ausländische Studenten (7,5 % der Studentenschaft). Ab 1950 startete die Bundesregierung eine Anwerbungskampagne in den sogenannten Entwicklungsländern für das Studium an den westdeutschen Universitäten mit dem Ziel, auf die kommenden Führungsschichten dieser Länder im Sinne der westdeutschen Interessen Einfluß zu nehmen.

Die Selektion der angeworbenen Studienkandidaten erfolgt zum Teil schon in den Heimatländern durch folgende Institutionen:
1. die Goethe-Institute,
2. DAAD-Stipendien; diese Stipendien werden in Vereinbarung mit den jeweiligen Regierungen vergeben, wobei nur regierungstreue Kandidaten an den DAAD empfohlen werden.

Das Studium der ausländischen Studenten in der BRD ist darauf ausgerichtet, die Interessen der Bundesrepublik in diesen Ländern zu bewahren.

* Die ausländischen Studenten werden für eine Rolle innerhalb der Kompradorenbourgeoisie ihrer Länder vorbereitet. Sie werden technische Kader in den rohstoffexportierenden Monopolunternehmen oder Führungskräfte in Handelsgesellschaften der imperialistischen Länder in ihren Herkunftsländern.

* Das Studium der ausländischen Studenten in der Bundesrepublik ist nicht auf die reellen Bedürfnisse ihrer Länder ausgerichtet, es werden vielmehr wissenschaftliche Methoden vermittelt, die allein auf kapitalistische Gesellschaftsformen zugeschnitten sind (so z. B. das Studium der Volkswirtschaft bzw. der Betriebswirtschaft).

* **Während des Studiums werden die Ausländer einem Anpassungsprozeß unterworfen, der abzielt auf:**
a) Verhinderung einer kritischen Reflexion des vermittelten Wissens und der wissenschaftlichen Methoden;
b) Verhinderung eines Bewußtwerdens der politischen Lage der unterentwickelt gehaltenen Heimatländer.

Diese Politik wurde im **Ausländergesetz** vom Jahre 1965 verankert. Dieses Gesetz verbietet die politische Tätigkeit ausländischer Studenten, wenn z. B. „die Belange der Bundesrepublik es erfordern".

Was sind nun die Belange der Bundesrepublik?

Zitate aus dem Ausländergesetz-Kommentar:

„Die innere und äußere Sicherheit und Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Länder, ihre Beziehungen zum Ausland, die deutsche Wirtschaft, die öffentliche Sicherheit und Ordnung, die Volksgesundheit und Sittlichkeit." Wenn ein Ausländer gegen die Belange der BRD handelt, kann er ausgewiesen werden „In einem Staat, in dem sein Leben oder seine Freiheit ... bedroht ist" (Fall der persischen Studenten).

Als Störung der öffentlichen Ordnung gilt z. B. das Verteilen von Flugblättern mit klassenkämpferischen Parolen vor Betrieben der Wirtschaft oder Industrie, vor Universitäten oder in verkehrsreichen Straßen".

Als Instrument des Ausländergesetzes fungieren an den Universitäten zwei Institutionen:
— das Auslandsamt
— das Studienkolleg

Das Auslandsamt entscheidet über alle wichtigen Fragen der ausländischen Studenten. Es regelt die Zulassung zum Studium, überwacht seinen Verlauf, vergibt Stipendien und erzieht zur Anpassung. Diese Tätigkeiten bezeichnet das Auslandsamt selbst als „Betreuung". Das diskriminierende und paternalistische Verständnis dieser Tätigkeit wird schon aus diesem Wort ersichtlich.

Die Richtlinien für die Betreuungstätigkeit werden vom Auswärtigen Amt erlassen, das die Finanzierung von Einführungstreffen, Freizeitveranstaltungen, Ferienkursen und Studienreisen innerhalb der BRD zum großen Teil übernimmt. Es wird eine Politik der unpolitischen Veranstaltungen betrieben, die die ausländischen Studenten von den Problemen ihrer Länder ablenken soll.

Für die politische Indoktrination der ausländischen Studenten wirkt primär das Studienkolleg, das die deutsche Hochschulreife vermitteln soll und das der Gymnasialabteilung des KuMi des jeweiligen Bundeslandes unterstellt ist. Studenten aus der dritten Welt und aus einigen Peripherieländern Europas — deren Abitur nicht anerkannt wird — sollen durch diese Institution noch vor Anfang ihres Studiums von der Überlegenheit der Werte der deutschen Kultur und der sogenannten westlichen Zivilisation überzeugt werden.

Neben der Indoktrinierungsfunktion spielt das Studienkolleg eine weitere, genauso wichtige Rolle: die Auslese der Studiumskandidaten nach Kriterien der Aufnahmebereitschaft des tendenziösen Lehrstoffs. Hierbei werden kritisch denkende Kollegiaten als nicht anpassungsfähig angesehen und für das Studium in der BRD als untauglich erklärt.

Mit dieser Problematik will der AStA (Auslandsreferat) sich in Zusammenarbeit mit anderen interessierten Projektgruppen der westdeutschen Hochschulen und Trikont beschäftigen. Wir wollen uns das Ziel gesetzt haben, der Indoktrinierungsfunktion des Akademischen Auslandsamtes und Studienkollegs entgegenzuwirken bzw. sie zu beseitigen, falls es notwendig erscheint. Es sind bis jetzt Kampagnen gegen das AKA und SK in anderen Hochschulen wie Köln, Bonn, Heidelberg, Aachen, Kiel usw. durchgeführt. Es wurde zwar in Heidelberg die kulturimperialistische Funktion beider Institutionen ansatzweise aufgedeckt. Wir wollen eine gründliche Analyse ausarbeiten; wir wollen eine dauerhafte Zusammenarbeit mit demokratischen und sozialistischen Studenten gewinnen. Eine große Effektivität unserer vorgesehenen Arbeiten kann nur dadurch erzielt werden, wenn eine theoretische Schulung und eine theoretische Ausarbeitung in Gang gesetzt und aus der theoretischen Erkenntnis die Praxis geleitet wird.

Unsere Arbeitsperspektiven

Aus der Erkenntnis dieser Tatsachen heraus stellt sich für uns die Notwendigkeit einer inneren Reorganisation, die sich in folgenden Punkten niederschlägt:

— theoretische Schulung im Rahmen eines Arbeitskreises über Fragen des Kolonialismus und des Imperialismus aus einer marxistisch-leninistischen Perspektive;

— Erarbeitung einer theoretischen Analyse des westdeutschen Kulturimperialismus (Ausländergesetz, Studienkolleg, Akademisches Auslandsamt) und Vermittlung der Ergebnisse an die Studentenschaft;

— Vertretung der Interessen der ausländischen Studenten.

Die Probleme des Ausländergesetzes z. B. müssen daher nicht nur von dem Standpunkt aus diskutiert werden, daß das Ausländergesetz die politische Arbeit der linken Studenten einschränkt und erschwert, sondern von dem Standpunkt aus, daß es Instrumente zur reibungslosen Denkschulung der Ausländer braucht.

Während die Ausländerpolizei die Funktion der Überwachung der ausländischen Studenten übernimmt, werden die Akademischen Auslandsämter und Studienkollegs mit der Denkschulung beauftragt. Widersetzt sich ein Student dieser Denkschulung, bzw. Enkulturationsplänen des westdeutschen Imperialismus, so wird sein Fall von der Ausländerpolizei bearbeitet.

Im Hinblick auf das Studienkolleg wird sich unsere Politik weniger auf die dort herrschenden Verhältnisse, sondern mehr auf die Funktion dieser Institution richten.

An das Akademische Auslandsamt werden verschiedene direkte Forderungen gestellt:

— Mitentscheidungsrecht des Auslandsreferenten bei der Vergabe von Studienbeihilfen und Betreuungsgeldern.

— Errichtung einer von AKA gemeinsamen Studienberatungsstelle für die ausländischen Studenten.

— Mitentscheidungsrecht des Auslandsreferenten bei der Zulassung der ausländischen Studenten.

Treffpunkt für Interessierte: Mo — Mi 12 — 14 Uhr, Bar. 1, Zi. 2.

Kriegsverbrechen der Vereinigten Staaten erneut bestätigt

Einen verurteilten Mörder zum Nationalhelden gemacht zu haben, wirft der Ankläger im Calley-Prozeß, Hauptmann Daniel, Nixon in einem Brief an den US-Präsidenten vor. Der mutige Offizier kritisiert die „persönliche Entscheidung" Nixons für Calley und schreibt:

„Mit scheint, daß es für Sie als Präsident angemessener gewesen wäre, etwas zugunsten der sechs Geschworenen in diesem Verfahren zu sagen und die Nation an den Sinn unseres Rechtswesens ... zu erinnern ..."

Die USA sind über die Entscheidung Nixons, dem Druck von rechts nachzugeben und Calley freizulassen, zutiefst gespalten. Während die Befürworter des Vietnamkrieges Calley zum Helden erklären, lassen die Vietnamgegner keinen Zweifel, daß es nicht um Calley geht, sondern um die ganze Kriegsführung der USA, die zwangsläufig zu Hunderten My Lais geführt hat und Tausende Offiziere in die Situation Calleys brachte.

So lüftete der ehemalige „Green Beret"-Hauptmann Marasco jetzt den Schleier um den Mord an dem Südvietnamesen Thai Kak, wegen dem vor zwei Jahren 8 Offiziere der Special Forces" verhaftet worden waren, bis das Pentagon die Untersuchung niederschlug. Marasco sagt heute aus Protest um die Vorgänge um Calley: „Ein CIA-Oberst gab uns den Befehl, Thai Kak zu erledigen. Ich setzte ihn in ein Motorboot, jagte ihm zwei Kugeln in den Kopf und versenkte die Leiche in einem Postsack im Chinesischen Meer."

Marasco gab weiter bekannt, daß es Hunderte von Massenexekutionen („und das ist sehr vorsichtig geschätzt") gegeben habe, die von der „Provincial Reconnaissance Unit", einer vom CIA ausgebildeten und bezahlten südvietnamesischen Truppe in der Art der SS durchgeführt wurden.

Die Diskussion um die Verantwortung für die US-Kriegsverbrechen nimmt in den USA immer neue Dimensionen an. Ein Beispiel dafür — weltweit zur Kenntnis genommen — ist ein Artikel des US-Journalisten Neil Sheehan, der selbst drei Jahre Vietnam-Korrespondent war, in „New York Times Book Review". Er präsentiert eine Liste von 33 neuerschienenen Büchern, die alle die Schrecken des Vietnam-Krieges beschreiben: den Bombenterror, die Anwendung chemischer Kampfmittel wie Giftgase usw., die Entvölkerung ganzer Landstriche, Vergewaltigungen Plünderungen usw.

Der Autor stellt den Inhalt dieser 33 Bücher und die darin geschilderte Realität des Indochina-Kriegs den Regeln der Armee-Dienstvorschrift wie den Dokumenten der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse gegenüber und kommt zu der Schlußfolgerung: „... Wenn nur ein Teil der geschilderten Tatsachen nachzuweisen wäre, und wenn die Regeln (der Haager Landkriegsordnung) auf die Art der Kriegführung durch die Amerikaner angewandt würden, wären die Verantwortlichen für die Regierungen der USA seit mindestens sechs Jahren des Kriegsverbrechens schuldig, Richard Nixon eingeschlossen."

Unter den zahlreichen Beispielen die der Journalist anführt, ist das der zivilen Toten eines der schrecklichsten:

„... Seit 1965 wurden mindestens 150 000 südvietnamesische Zivilisten, im Durchschnitt täglich 68 Männer, Frauen und Kinder im Verlauf von sechs Jahren, getötet — durch US-Truppen oder durch Waffen amerikanischer Herkunft in der Hand südvietnamesischer Truppen. Darüber hinaus wurden 350 000 Zivilisten verwundet oder für immer verkrüppelt." Sheehan fügt hinzu, daß es sich dabei nur um „offizielle Zahlen" handle, die tatsächliche Bilanz noch viel schlimmer sein könne.

Er erinnert daran, daß General Yamashita wegen 25 000 ermordeten Filipinos hingerichtet wurde und stellt die Frage, ob man zwischen diesen Toten und den Toten des Vietnamkrieges einen juristi-

schen und moralischen Unterschied machen könne. Man müsse diese Frage verneinen, auch für die Toten von Laos und Kambodscha, die auf Befehl Nixons, diese Länder anzugreifen, zu Tausenden Opfer des Krieges wurden.

Sheehan schließt seine Studie mit der Bemerkung, daß der Zynismus triumphiert hätte, wenn die USA den Indochinakrieg gewonnen hätten, weil der Sieger ja immer recht habe. Aber Washington habe nicht gewonnen und die Kriegsverbrechen seien nicht zu verschweigen, deshalb müßten die Verantwortlichen vor Gericht.

Die „Deutsche Volksunion" auf den Spuren Hitlers!

Unter starkem Polizeischutz fand am 3. 4. 71 in München die erste öffentliche Kundgebung der rechtsextremistischen „Deutschen Volksunion" statt. Entgegen zahlreichen Forderungen aus Gewerkschaften und Parteien, vor allem SPD und DKP, war die Kundgebung mit dem Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung", Frey, nicht verboten worden. Bei einer Gegenkundgebung wurden von der Polizei zehn Personen, darunter der südbayrische DKP-Bezirksvorsitzende Hans Schneider und sein Stellvertreter, festgenommen.

Freiheit für „die Sprache Hitlers"

Die Kundgebung der „Deutschen Volksunion" wurde geleitet vom zweiten Bundesvorsitzenden der DVU Arlt, der auch Funktionär der Aktion Oder-Neiße" (AKON) ist und zu den Einberufern der Würzburger „Widerstands"-kundgebung gehörte.

„Frey lobte ... vor rund 500 Zuhörern die Polizisten, die gegenüber den Demonstranten ihre Pflicht erfüllt hätten. Die DVU, so erklärte er, sei dazu angetreten, den Zweiten Weltkrieg politisch zu gewinnen". Sie wende sich dagegen, daß auf dem Weg über eine europäische Sicherheitskonferenz doch noch so etwas wie ein Friedensvertrag zustande komme... Nachdrücklich forderte Frey dazu auf, daß sich die Rechte nicht zersplittern dürfe, sondern die CDU und vor allem die CSU unterstützen müsse." (Frankfurter Rundschau, 5. 4. 71)

Frey fordert seit drei Jahren dazu auf, CDU/CSU zu wählen. Die CSU hatte trotz mehrmaliger Aufforderung eine Teilnahme an der Gegenkundgebung abgelehnt. Stattdessen saßen neben Frey in der Leitung der DVU-Kundgebung die CSU-Funktionäre Pisterer und Giehl.

Grußworte der NPD und Exil-CDU

Während der Rede Freys riefen Anhänger der Aktion Widerstand wiederholt im Sprechchor „Widerstand". In Zurufen hieß es: „Schlagt die Linken zusammen!" Die Ordner der DVU gehörten in der Mehrzahl der „Aktion Widerstand" an.

Aus einem Flugblatt der „Aktion Aktiver Widerstand" aus Würzburg:

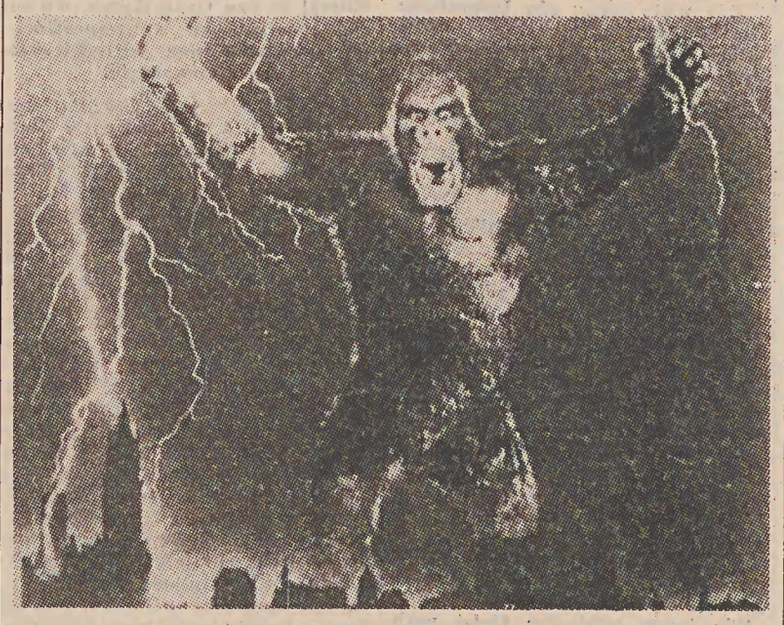
„Es muß sofort gehandelt werden. Zwischenfälle herbeiführen, damit das Volk aufwacht. Sabotageakte, Sprengstoffanschläge immer dort herbeiführen, wo wir Landesverräter treffen können: in Bonn, in den Parteizentralen der Roten, bei Kundgebungen der SPD, FDP und DKP. Direkte vernichtende Angriffe gegen die Verräter Brandt, Wehner, Scheel mit Schußwaffen, Gift und anderen Vernichtungsmitteln. Um drei Verräter ist es nicht schade, wenn wir damit die Freiheit Deutschlands retten können." (Süddeutsche Zeitung, 2. 4. 71)

Kaufen Sie
Tabak · Zeitungen
Spirituosen
Lebensmittel
Brot + Backwaren
Trinkhalle Kotthoff
(Mensaparkplatz)
Neu:
Busfahrkarten aller Art

Wohnheim-Skandale

Preistreiberei, Kapitalbildung auf Kosten der Mieten, Mißachtung des Bundes- und Landesjugendplanes, Finanzmauschelei

Wenn eine Studentin ihren Verlobten bei sich wohnen läßt, so halten das manche Heimleiter für skandalös und setzen die Mieterin vor die Tür (Hegge-Kolleg). Wo sich jedoch in Wahrheit Skandale in Sachen Studentenwohnheime abspielen enthüllt sich nach und nach in der Aktion Bochumer Studentenwohnheime.



Jetzt reichts mir aber mit den ewigen Mieterhöhungen

Angefangen hat die ganze Sache mit Mieterhöhungen: Hegge: erst 7,—, dann zusätzlich 8,— DM; Roncalli: 10,— DM; Thaddenhaus: 10,— DM; Hardenberghaus: 10,— DM für Doppelzimmer, 50,— DM (fünfzig!!) für Einzelzimmer. Andere Heime (Haus Michael) versprachen, die Miete bis zum Herbst dieses Jahres halten zu können (und dann?). Ein Teil der Studenten ging der Salamitaktik auf den Leim: Hegge- und Roncalli-Bewohner schluckten. (Streikabstimmung Roncalli: 50:30 dagegen). Die Bewohner des Thadden- und des Hardenberghauses waren nicht bereit, die ständige Preistreiberei mitzumachen. In Vollversammlungen wurden Ende 1970 „Krisenstäbe" gebildet, die in ständigem Kontakt mit den Heimbewohnern politisch aktiv wurden.

Kapitalbildung auf Kosten der Mieten

Nach häufigen Drängen rückte die Kirche die Thadden-Bilanzen heraus, die sehr aufschlußreich sind. Einige Beispiele: Im Jahre 1969 wurden angeblich 6 293,60 DM für Rasenpflege gebraucht. Im allgemeinen kostet 1 m² Rasenpflege 0,50 Mark. Demnach müßte das Thadden-Heim in einem Rasengebiet von 12 500 m² liegen. Abgeschrieben wurde das Heim mit 3 Prozent (102 846,68 DM), erlaubt sind nach Auskunft des Bauamtes 1 Prozent (32 209,— DM)! Von dem vorgetäuschten Defizit von 185 000,— DM bleiben ganze 17 000,— DM bei einer Rücklage von 110 000,— DM.

Das Defizit für das Hardenberg-Haus ist im Unterschied zum Thadden-Heim tatsächlich vorhanden. Aber: Wie kam es zu diesem Defizit? Der anthroposophische Trägerverein, der „Gemeinnützige Verein zur Förderung des studentischen Lebens in Bochum" hat sich einen Repräsentationsanbau zu Tagungszwecken geleistet, den die Studenten bezahlen sollen. Für Heimversammlungen ist der Anbau zweimal im Semester geöffnet, ansonsten nur für Anthroposophenzirkel.

Wer ist „Totengräber der Demokratie"?

Beide Heime wurden zum überwiegenden Teil aus Mitteln des Landes bzw. Bundesjugendplanes finanziert (Thadden-Heim-Zuschuß: 1 334 000 DM). Die Jugendpläne gestehen den Heimbewohnern ein „Mitwirkungsrecht" zu. Sowohl der Anthroposophenverband wie die ev. Landeskirche setzen sich jedoch frech darüber hinweg, ja, der Präses Thimme nannte die Heimbewohner des Thadden-Heimes „Totengräber der Demokratie", als sie sich auf ihr „Mitwirkungsrecht" beriefen. Wie weit geht seine christliche Einfalt wohl?

Darüber hinaus gibt es noch eine merkwürdige Episode, bei der Rektor Faillard die Hauptrolle spielt. Als prominentestes Kuratoriumsmitglied wurde er vom Krisenrat gefragt, wie er zur eklatanten Verletzung des „Mitwirkungsrechtes" durch die ev. Landeskirche stehe. Faillard: Eine „Verpflichtung ... auf die Richtlinien für den Bundesjugendplan" sei nicht „erfolgt", deshalb „können diese Richtlinien für die Beurteilung der Rechtslage nicht herangezogen werden." — Man schließt zweierlei:

1. Die ev. Landeskirche muß gewichtigen Einfluß bei den zuständigen Staatsstellen haben,
2. Faillard muß ihr wohlgeneigt sein, wenn er die Mauschelei der Kirche (Geld vom Bund erhalten, ohne sich auf Richtlinien der Jugendpläne zu verpflichten) gutheißt. Des Rätsels Lösung mag bei einem gewissen Herrn Keusen liegen. Er ist im Vorstand der ev. Landeskirche, Gründer des ev. Studienwerkes Villigst, Planungsbeauftragter der ev. Kirche von Westfalen in Dortmund, Bochum, Bielefeld, leitend tätig im Sprachlabor an der RUB und im Vorsitz der VW-Stiftung. Dort machte er Gelder für das „Haus der Freunde" locker und zeigte sich auch sonst dem Rektorat (u. a. Unistellen) gewogen. Wenn Keusen mit dem Vorsitz der ev. Kirche Mieterhöhungen beschließt, kann sein Freund Faillard natürlich nicht querschießen. Womöglich braucht er bald neue Sessel fürs „Haus der Freunde".

Auch der Anthroposophenverband brauchte sich nicht auf die Jugendpläne zu verpflichten, trotz maximalem Zuschuß. Man fragt sich, wie so etwas möglich ist. Sind die Verantwortlichen in Staat und Bund etwa Villigst-Geförderte oder Anthroposophen?

Die Heimbewohner werden jedenfalls die Folgen solcher politischen Skandale nicht tragen. Mieterhöhungen werden nicht akzeptiert. Gegebenenfalls werden die Studenten der Heime die Übernahme in Selbstverwaltung überlegen.

Zentraler Kampf

Am 5. April sprachen die Sozialreferenten von Bonn und Aachen mit dem Ministerialrat des Wissenschaftsministeriums Dr. Bauner in Düsseldorf. Er versuchte die dortigen Mieterhöhungen zu vermiedlichen: Dort seien es „ja noch keine 150,— DM. (Im Hardenberg-Haus sind es jetzt 155,— DM). Er verlegte sich dann darauf, dies seien „Einzelfälle", man müsse sehen, wie man sie im einzelnen löse. Aber genau darauf werden wir uns nicht einlassen; denn es gehört schon eine schöne Portion Arroganz dazu, Mieterhöhungen in der BRD als „Einzelfälle" zu bezeichnen. Die ASten von NRW werden in der Frage des studentischen Wohnens geschlossen vorgehen. Am 29. 4. wird eine Unterredung mit Wissenschaftsminister Rau stattfinden. Unsere Forderungen sind:

— Verpflichtung auf Landesjugendplan bei Zuschüssen zu Wohnheimen,
— Kontrolle bei der Verwendung des Geldes,
— Garantie der Mitbestimmung in allen Fragen, die die Heime betreffen,
— Erhöhung des Honnef-Richtsatzes für die Miete (bisher: 110,— Mark, in der Praxis aber durchschnittlich 130,— DM),
— Wohngeld auch für ledige, möbliert wohnende Studenten (bisher nur für Leermiete),
— Maßnahmen gegen die defizitäre Entwicklung in den Kassen privater Heimträger (Übernahme der Kapitalkosten für die Fremdmittel durch das Land).

-rst-

Ihre Kommilitonen können es bestätigen...
Reparaturen an allen Autos
gut schnell preiswert
RENAULT
C. M. Schötteldreier
4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36
Service
Verkauf
Ersatzteillager
Wir reparieren – und tauschen nicht nur aus!

AStA an alle Fachschaften

Der Kontakt zwischen AStA und Fachschaften war im vergangenen Semester nur mäßig. Die Gründe dafür sind wohl auf beiden Seiten zu suchen. Wir hoffen, daß Kommunikation und Kooperation künftig um so besser werden.

Dazu müssen wir uns kollektiv Klarheit verschaffen
a) über die Grundaufgaben jeder Fachschaft als Teil der gesamten verfaßten Studentenschaft,
b) über die Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen AStA, Projektbereich Lehrerausbildung und Fachschaften.

Wir rufen Euch daher auf, am Fachschaftsseminar am Mittwoch, den 28. 4. 71, 14.00 Uhr, Bracke 3 teilzunehmen und mit uns über die oben skizzierten und andere Probleme zu diskutieren.

Unsere Vorstellung:

Zu a) Wir halten einen Erfahrungsaustausch darüber für nützlich, wie wir in jeder Fachschaft die **Vertretung der materiellen Interessen der Studenten** wahrnehmen und ihre Situation verbessern können. Das dürfte vor allem die neuen Fachschaftsvorstände interessieren, die sich vielfach noch nicht ganz im klaren sind, was sie eigentlich tun sollen, um unter den Studenten Fuß zu fassen und für weitergehende politische Arbeit Rückhalt zu gewinnen.

Wir denken unter anderem an die Beseitigung von Härten im Studienbetrieb, Schaffung von Arbeitsgruppen, Herausgabe von Skripten und Studieneinführungen, kurz: die Durchführung solcher Vorhaben, die die unmittelbaren Bedürfnisse der Studenten betreffen.

Darüberhinaus meinen wir, daß auch die Fachschaften den Kampf führen sollten für eine **demokratische Studienreform im Interesse der Studenten**, d. h. konkret: zur Auseinandersetzung mit den bestehenden Studienordnungen gilt es progressive inhaltliche und organisatorische Alternativen zu entwikkeln, die bei den Studenten propagiert werden müssen um sie für den **Kampf gegen die Hochschulformierung** zu gewinnen (dazu liegen vor die AStA-Broschüre zum Hochschulrahmengesetz — HSchRG und die beiden Infos des Projektbereichs Lehrerausbildung). Nur an Hand solcher progressiver Alternativen kann der Kampf gegen die in Kürze zu erwartenden Studienordnungen geführt werden, die die Staatsbürokratie in Zusammenarbeit mit den Vertretern des Großkapitals erstellen wird (vgl. HSchRG).

Zur institutionellen Durchsetzung progressiver Studienordnungen, zur Einflußnahme auf Berufungen, etc. ist es in den meisten Abteilungen erforderlich, den **Kampf um paritätische Satzungen** fortzuführen bzw. wiederaufzunehmen. Hierbei gilt es, Bündnismöglichkeiten mit progessiven Assistenten wahrzunehmen.

zu b) Der AStA wird in diesem Semester den zentralen politischen Kampf gegen die Hochschulformierung verstärkt fortsetzen (HSchRG, Ausbildungsförderungsgesetz, Hochschulstatistikgesetz, etc.). Es wird angestrebt, in einem **einwöchigen Informationsstreik** (Ende Mai) gegen die drohende Verabschiedung des HSchRG (Ende Juni) eine breitere Informationskampagne in der Universität durchzuführen. Diese gewinnt an Wert, wenn den neu mobilisierten Studenten organisatorische Perspektiven angeboten werden.

Diese bezteht in der Möglichkeit zur **Mitarbeit im Projektbereich Lehrerausbildung**, der in diesem Semester seine Arbeit durch Bildung fachspezifischer Gruppen in die Abteilung hineintragen wird. Da diese Gruppen nicht in jedem Fall nur den Kompetenzbereich einer einzigen Fachschaft berühren werden, ergeben sich neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit mehrer verwandter Fachschaften.

Über diese Initiativen hinaus sollten **in jeder Fachschaft Arbeitsgruppen** zu den unter a) genannten Komplexen gebildet werden. Die so entstandenen Gruppen könnten in der Streikwoche ihre bisherige Arbeit und Konzeption öffentlich diskutieren und auf diese Weise neue Mitglieder für längerfristige Arbeit zu gewinnen versuchen. Einmalige Veranstaltungen (teach-ins) könnten — abgestimmt mit universitätszentralen Aktionen — das Programm der Streikwoche ergänzen.

Was schenken?
geht zu
Karin's Boutique
Bochum, Kortumstraße 98
1000 Kinkerlitzchen
warten auf Euch!

Theoretische Grundlage der abteilungsspezifischen Arbeit des Projektbereichs Lehrerausbildung ist das Info 2, welches die Formierung fachspezifisch darstellt. Die geplante zum Teil interdisziplinäre Konzeption der Abteilungsgruppen wird der Genosse Buhl (im AStA verantwortlich für Lehrerausbildung) im Rahmen des Fachschaftsseminars entwickeln. Gleichzeitig können die geplanten Abteilungsteach-ins zur Gründung dieser Gruppen (Anfang Mai) besprochen werden.

Voraussetzung für effektive Arbeit im Sommersemester ist, daß der **Informationsfluß verbessert** wird. Das heißt für uns: Versorgung der Fachschaften mit VDS-Publikationen, Infos, Flugblättern — das hieße für die Fachschaften: Zusendung von Materialien, Bekanntgabe der Sitzungstermine, Privatanschriften, etc.

Erste „Aktion": Beteiligung am Fachschaftsseminar

PS. Das Wichtigste ist die sofortige Mitteilung Eurer Sitzungstermine, Fachschaftsvollversammlungen, etc.
Tel. AStA 2416 (intern), 701855 (von außerhalb)

Contacta Institut
Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

Der Treffpunkt für in- u. ausländische Studenten im

·PUNKT·

Bochum, Hans-Böckler-Str. 26 · Telefon 1 46 32

Täglich von 14.00 Uhr mittags bis 1.00 Uhr nachts geöffnet / Normale Preise

Erhöhung der Krankenversicherung für die Studenten

Mit Beginn des Wintersemesters 1971/72 wird der Krankenversicherungsbeitrag für die Studenten der Ruhr-Universität von 75,— auf 89,— DM erhöht. Dieser Entscheidung der Hauptversammlung der Deutschen Studenten-Krankenversorgung in Berlin hat das Bochumer Studentenparlament zugestimmt.

Der Erhöhungsbeschluß kam erst nach einer langen und hitzigen Diskussion innerhalb der DSKV-Hauptversammlung. Insbesondere von Berliner Hochschulen kam großer Widerstand gegen die Vorlage des Vorstandes der DSKV zur Erhöhung des Versicherungsbeitrages. Der Vorstand hatte zwar in umfangreichen Tabellen und Statistiken nachgewiesen, daß die Alternative zu einer Nichterhöhung des Krankenversicherungsbeitrages nur die Leistungskürzung sein könne. Dennoch gab es in der Hauptversammlung Stimmen, die sich gegen die Erhöhung aussprachen, weil sie sich davon erhofften, daß das Problem der stud. Krankenversorgung in der Bundesregierung endlich erkannt und für die Zukunft geregelt wird.

Die Mehrheit der Delegierten der Studentenwerke war allerdings der Auffassung, daß man zwar mit einer Nichterhöhung der Krankenversicherungsbeiträge die Bundesregierung in gewisser Weise unter Druck setzen könne, daß es aber schon aus rein technischen Gründen unmöglich sei, bis zu dem Tage, wo die Rücklagen der DSKV aufgezehrt wären, eine gesetzliche Regelung durchgebracht zu haben. Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen müßte die DSKV dann zwingen ihre Leistung zu kürzen. So ginge letztlich der Versuch der Politisierung der Studenten über die Krankenversicherungsfrage zu Lasten des Studenten selbst aus, denn eine Leistungskürzung würde gerade die Studenten treffen, die durch ihre Krankheit sowieso im Studium schon zurückgeworfen werden.

Deshalb wurde eine Stellungnahme der Sozialreferenten der ASten, die gegen die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages argumentierten, zwar in ihrer politischen Zielrichtung eindeutig begrüßt, der Forderung nach Nichtgenehmigung der Krankenversicherungserhöhung wurde aber nicht Rechnung getragen.

Bevor der geschäftsführende Vorsitzende des Studentenwerkes Bochum Manfred Borchert, der Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge während der Hauptversammlung in Berlin zustimmte, hatte das Bochumer Studentenparlament ihm einen entsprechenden Auftrag erteilt.

Die Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages löst aber auf keinen Fall das Problem der studentischen Krankenversorgung generell. Es wird Aufgabe des VDS und der einzelnen ASten sein, die Studenten auch in diesem Bereich zu politisieren und durch konkrete Maßnahmen die Bundesregierung zu einer schleunigen Stellungnahme zu zwingen.

Gaststätte und Grillstube
SCHULTE-VELS
Inh. Carl Coss
4630 BOCHUM
Wasserstraße 114, Tel. 55 05 88
Warme und kalte Küche
von 12.00 bis 14.30 Uhr
und von 17.00 bis 23.00 Uhr

Projektbereich Lehrerausbildung
Ständiger Termin
Donnerstag, 10.30 Uhr
Baracke 1

Parlament auflösen?

Das SP hat jede Existenzberechtigung verloren, wenn es weiterhin, unter Ausschluß der Öffentlichkeit und mit einem gewissen Zeitabstand hinter den Ereignissen herhinkend, legislative Selbstbefriedigung betreibt. Die fatalen Konsequenzen der augenblicklich betriebenen Form mittelbarer Demokratie lassen sich erahnen: Die Verselbständigung der AStA-Politik als Abklatsch Bonner Verhältnisse.

Der AStA hat in Erkenntnis dieser Entwicklung bereits neue Wege eingeschlagen. In einer Vielzahl von Vollversammlungen informierte er die studentische Öffentlichkeit und nutzte die (juristisch an sich bedeutungslosen) Abstimmungen in diesen Versammlungen als Entscheidungshilfen für bestimmte politische Projekte. Diese Politik soll in Zukunft weiter betrieben werden.

Damit wird aber ein weiterer Machtverlust des Parlaments verbunden sein, wenn es sich nicht darauf besinnt, endlich eigene Vorschläge zur Verwirklichung direkter Mitentscheidung der Studenten vorzulegen. **Es klingt paradox: Allein die Einleitung von Schritten zur Abschaffung seiner selbst kann das Parlament aus seinem Dilemma retten.**

Dringend notwendig ist es, die Fachschaftsarbeit endlich aus ihrer Fruchtlosigkeit zu retten. Das Parlament könnte Anregungen dazu geben, aktive Fachschaften könnten beispielhaft vorangehen. Gerade dort, wo die persönliche Abhängigkeit der Studentenfunktionäre von den Professoren relativ groß ist, kommen der Vollversammlung wesentliche Kontroll- und Entscheidungsfunktionen zu!

Viele Kandidaten sind bei der SP-Wahl mit dem Versprechen aufgetreten, derartige Veränderungen in die Wege zu leiten. Sie dürfen sich aber heute als gewählte Parlamentarier nicht auf eine Ablehnung des Systems beschränken, die in der Praxis dazu führte, daß während des letzten Semesters kein einziger Ausschuß tagte!

Gerhard Huck

Dieser Artikel wäre an und für sich nichts Besonderes — wenn er nicht aus einer BSZ vom Oktober 1968 stammen würde!
Wenn schon damals die Arbeit des Studentenparlaments in Frage gestellt wurde, dann kann sie heute nur noch mitleidig als Farce belacht werden. Denn was nach den 25 000,— DM Wahlen als „Studentenvertretung" herauskommt, ist lächerlich bzw. — hochschulpolitisch betrachtet — alarmierend.
Daß das SP wirklich n u r den AStA wählt und den Haushalt verabschiedet, kann selbst mit den erlogensten Reformversprechen nicht mehr vor der Studentenschaft vertuscht werden. Und die parlamentarische Onanie geht inzwischen selbst ihren dümmsten Schwätzern auf den Wecker.
Was dringend fehlt, ist eine völlige Neuorganisation der studentischen Legislative, die die arbeitenden Fachschaften und Gruppen mit einbezieht und die eine wirksame Kontrolle der Exekutive ermöglicht. Mehr darüber in der nächsten BSZ.
Erich Eisel

WIE HETZE ICH ERFOLGREICH

(Rezept für Lokalberichterstatter)

(gewidmet vom Sozialreferenten des AStA an die WAZ-Reporter, die über den Roten punkt geschrieben haben).

Du hörst zum Beispiel: Da im Norden ist jemand totgeschlagen worden. Nimm eine Taxe! Fahr hinaus und horche die Umgebung aus!

Dort interviewst du im Vertrauen zuerst Portiers und Lokusfrauen; und da erfährst du erst einmal: Nicht weit sei ein Rotfrontlokal.

Das wäre schon ein Hauptindiz. Darum überschreibe die Notiz: „Der Geist der Zeit! Schon wieder mal ein Mord vor dem Rotfrontlokal!"

Und dann ist sicher jemand da, der den Verbrecher türmen sah. Bist du geschickt, bekommst du raus: Der Mann sah kommunistisch aus.

Ein Wach- und Schließmann wird dir sagen:
Er habe in den Parkanlagen, gleich um die Ecke, elf Uhr zehn, zwei rote Frontler stehen sehn.

Indizien hast du jetzt in Menge; das reicht für hundert Zeilen Länge. Nun zeige auch im Stil Geschmack, schreib immer: Kommunistenpack.

In Logik sei recht unverfroren! Gib deiner Phantasie die Sporen! Das Blättchen, dem du dienen mußt, nimmt solches Manuskript mit Lust.

Und stellst du dann mit leiser Klage am Schluß die aktuelle Frage ans Polizeipräsidium:
„Wie lange geht der Geist noch um?"

Wirst du der allgemein gegebnen Verbotstendenz die Wege ebnen, und nicht nur Rotationsmaschinen, nein, auch der Staatserhaltung dienen.

Erich Weinert

vds-Regionalverband für Lehrerausbildung

Der Projektbereich Lehrerausbildung hat sich unter anderem die Aufgabe gestellt, die Gründung ähnlicher Organisationen an den anderen Hochschulen anzuregen. Nur so ist eine Koordination und Rationalisierung der Arbeit zu gewährleisten, nur so können sich alle Lehrerstudenten wirkungsvoll gegen die Angriffe der Kultusbürokratie zur Wehr setzen.

Ein erster Schritt auf dem Weg zu einer schlagkräftigen Organisation ist jetzt getan worden. **Am vergangenen Freitag gründeten die ASten der Ruhr-Universität und der Pädagogischen Hochschule Ruhr mit den Abteilungen Dortmund, Essen und Duisburg einen Regionalverband im VDS.** Diese Hochschulen werden fortan in allen Fragen der Bildungs-„Reform", insbesondere der Lehrerausbildung, eng zusammenarbeiten. Es steht zu hoffen, daß sich demnächst alle Hochschulen in NRW diesem Verband anschließen, damit den vereinten Angriffen von Privatwirtschaft und Landesregierung mit Hilfe des Hochschulgesetzes auch einheitlich begegnet werden kann.

Eine solche Organisation kann natürlich nur dann Erfolg haben, wenn sie von einer breitestmöglichen Basis der Betroffenen getragen wird. Deshalb ist die Aufgliederung des hiesigen Projektbereichs in abteilungsspezifische Untergruppen von großer Wichtigkeit, deshalb muß trotz der in den einzelnen Fächern unterschiedlichen Situation in einem gemeinsamen Verband solidarisch gehandelt werden. **Studiert und diskutiert das Info 2 des Projektbereichs!**

Diskutiert in Euren Lehrveranstaltungen!

Kommt zu den abteilungsspezifischen teach-ins Anfang Mai!

Beteiligt Euch an der Arbeit des Projektbereichs!

USA melden sechs Prozent Arbeitslose

DVZ 15.4.
Die Arbeitslosigkeit in den USA ist im März — nach einem wohl statistisch bedingten Rückgang im Januar und Februar — wieder auf sechs Prozent gestiegen. Besonders junge Arbeiter im Alter von 16 bis 24 Jahren haben ihre Arbeit verloren. Nach der offiziellen Statistik gibt es jetzt in den USA 5,2 Millionen Arbeitslose. Doch zeigt ein Vergleich des Rückgangs der Arbeitsstellen mit der Zunahme der Arbeitslosen, daß die vom amerikanischen Arbeitsministerium angegebenen Zahlen weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

Slums in der Bundesrepublik

Hamburg. UZ. — Die offiziell in der BRD registrierten 800 000 Obdachlosen hausen in Ghettos und werden von der Gesellschaft diskriminiert und als Außenseiter behandelt. Die wirkliche Zahl der Obdachlosen ist aber weitaus höher. Teilweise vegetieren sie an den Rändern von Kiesgruben, Müllkippen, in ausgedienten Kasernen und Baracken am Rande der Städte. 49 Prozent von ihnen sind nicht durch eigenes Verhalten in diesen Teufelskreis hineingeraten, sondern durch Kündigung, Zwangsräumung, durch Einweisung in Notunterkünfte oder Obdachlosenasyle.

1. Mai – Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung

Seit mehr als 80 Jahren, seit den Gründungstagen der II. Internationale, begehen die Arbeiter in aller Welt den 1. Mai. Es ist dieser Tag, der seit jeher die internationale Verbundenheit und Solidarität der Werktätigen am deutlichsten manifestiert.

Die Durchsetzung eines arbeitsfreien 1. Mai gelang zum Beispiel den deutschen Arbeitern bis zum Ende der Weimarer Republik nicht einmal in den Großstädten, wo sozialdemokratische Polizeipräsidenten für die blutige Aufrechterhaltung der Ordnung sorgte.

Erst im Jahre der faschistischen „Machtergreifung", als jene fortschrittlichsten Kreise der Arbeiterklasse und die KPD, die jahrelang für ihren 1. Mai gekämpft hatten, bereits zerschlagen bzw. liquidiert waren, standen die Maschinen an diesem Tag still. Doch zu diesem Zeitpunkt waren auch die anpassungswilligen rechten Gewerkschaftsführer bereits am Ende: schon am nächsten Tag wurden ihre Organisationszentren und Vermögen „gleichgeschaltet". Was sich in diesem Jahr zum Teil in der Bundesrepublik abspielt, erinnert in fataler Weise an jene Tage. Heute, da nicht mehr um den „Feiertag 1. Mai" gekämpft werden muß, gehen die rechtesten Gewerkschaftsführer wiederum daran, machtvolle Demonstrationen der Arbeitersolidarität zu verhindern: in Westberlin und Hamburg soll der 1. Mai im Saale stattfinden! Dazu SPD-Sikkert (Westberlin): Zwischenfälle mit „linken Gruppen" in den vergangenen Jahren hätten dazu geführt, daß das Interesse der Gewerkschaftsmitglieder an einer Großkundgebung spürbar gesunken sei! Daß dieses „Desinteresse" dadurch verursacht ist, daß die Funktionäre keines der brennend interessanten Probleme mehr anfaßten und glaubten, „ihre" SPD-Regierung wie ein rohes Ei behandeln zu müssen, davon wollen diese Herren nichts wissen! Selbst die bürgerlich-liberale Süddeutsche Zeitung empfand ob dieses Saal-Entschlusses mit „Fernseh-Mai" einiges Unbehagen.

Dabei wäre ein massives Auftreten aller Abhängigen in diesem Jahr besonders bedeutsam: gerade erst kündigte Industrie-Chef Friedrich den Ausbau der Arbeitgeberverbände zu Kampforganisationen an, um im Verein mit „Leitlinien-Diktator" Schiller den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter entgegenzutreten.

In dieser Situation geben die Gewerkschaftsführer wie in friedlichsten Zeiten die Mai-Parole „Im Mittelpunkt steht der Mensch" aus. Auf der Rechten sammeln sich neben der CDU/CSU, die mit ihrer Demagogie den Boden bereitet, zunehmend militantere Kräfte: diejenigen, die zur Aufrechterhaltung der Rüstungsindustrie-Priorität jede politische Entspannung ablehnen müssen, erfreuen sich willkommener Flankierung durch nationalistische Ultras. **Diesem geschlossenen Rechts-Block steht eine Regierung gegenüber, die von einer dem gesellschaftlichen status quo verschriebenen Mehrheit (Schiller, Möller, Schmidt, Leber, Genscher u. a.) beherrscht wird, die Hexenjagd auf Linke veranstaltet (Bader-Meinhof-Affäre) und dabei die „innere Sicherheit" gegen demokratische Regungen auch der Arbeiter ausbaut; die im Verein mit oben erwähnten Arbeitgeber-Kampfverbänden Lohnleitlinien konzipiert, die gerade die Inflationsrate decken, aber nichts zur Vermögensumverteilung tun, um die Mächtigen bei „Investitionslaune" zu halten; die ein Betriebsverfassungsgesetz plant, das die Arbeiter insgesamt schwächt; die das „heiße Eisen" Mitbestimmung gar nicht erst anfaßt; die unter Bildungsreform eine Verstärkung von Leistungsdruck und Anpassung, nicht aber die Herstellung von Chancengleichheit versteht; die ihre angeblich so knappen Finanzmittel für „Stützungskäufe" amerikanischer Dollars und Phantoms verwendet.**

Unter diesen Bedingungen gilt es, in eindrucksvollen Demonstrationen für eine grundlegende Änderung dieser den Interessen der arbeitenden und lernenden Bevölkerung zuwiderlaufenden Politik einzutreten. Beteiligt Euch an den Kundgebungen zum 1. Mai!

Demonstriert gegen die zunehmende Rechtsentwicklung in der BDR und Versuche zur Unterdrükkung der demokratischen und sozialistischen Bewegung!

Für den weltweiten Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung!

Letzte Meldung!

Vorgestern spitzte sich die Situation an der Schranke zu den G-Gebäuden zu. Die Herren Steuermann, Vogel, Marquardt, Maruhn und etliche Hausmeister bemühten sich, Autos ohne Parkausweise an der Durchfahrt zu hindern, teilweise unter selbstlosem körperlichen Einsatz. Schließlich gelang es Steuermann, die Betonwagenfahrer, die im Akkord arbeiten, und die über eine Behinderung ihres Weges durch parkende Autos sauer waren, derart aufzuwiegeln, daß sie den an der Schranke geparkten AStA-Wagen mit zwei riesigen LKW total einkeilten, den Studenten für den nächsten Tag Prügel androhten, und ihre Fahrzeuge zunächst dort stehen ließen. Um tätliche Auseinandersetzungen mit den von Steuermann aufgehetzten Arbeitern zu vermeiden, überredeten Studenten einen LKW-Fahrer, sein Fahrzeug vom AStA-VW wegzusetzen, damit letzterer wegfahren konnte.

Daß eine Begrenzung des Parkplatzes und eine eventuelle Ausgabe von Parkausweisen sinnvoll ist, berechtigt noch lange nicht zu der Mauschelei bei der Ausgabe der Parkausweise, wobei Kanzler Seel augenscheinlich den gesamten Lehrkörper als irgendwie körperlich behindert ansieht.

Gegen Ende der Aktion, als der RUB-Justitiar Maruhn selbst sah, welches Schindluder mit der Vergabe der Parkausweise getrieben worden war, war dieser schon so weit politisiert, daß er das Verhalten des AStA als „vom politischen Standpunkt aus gerechtfertigt" ansah.

Die Studenten müssen pflichtversichert sein

Müssen privat versicherte Studenten den Krankenversicherungsbeitrag zahlen oder nicht? Zu jedem Semesterbeginn wird die Frage von vielen Kommilitonen neu gestellt. Verständlich, daß privat versicherte Studenten Sturm laufen, wenn sie erfahren, daß sie auch die DSKV-Beiträge zahlen sollen. Doch: Das Bundesverwaltungsgericht hat schon 1969 entschieden: Es muß gezahlt werden.

Zu diesem Beschluß kam es, als ein Student einen Grundsatzprozeß durchfocht. Er legte Widerspruch gegen den Bescheid ein, daß er nicht immatrikuliert werden könne, weil er den Krankenversicherungsbeitrag nicht gezahlt habe. Die Bundesverwaltungsrichter teilten ihm mit (VII C 29/67) die Universität sei ermächtigt in ihrer Satzung Regeln für die Krankenversorgung der Studenten aufzustellen. (Damals gab es in NRW noch kein Hochschulgesetz, heute ist die Rechtssituation noch eindeutiger, denn im § 47 des HSG heißt es unmißverständlich: „Die Universität versichert die Studenten gegen Krankheit und Unfall.") Das Bundesverwaltungsgericht führte weiter aus, daß es rechtlich nicht zu beanstanden sei, daß sich die Hochschule der Krankenversorgung der Studenten annehme. Gerade für den finanziell weniger bemittelten Studenten sei diese Krankenversicherung vielfach die einzige, wenn auch begrenzte Hilfe für den Krankheits- und Unfallfall.

Das Bundesverwaltungsgericht stellte zwar fest, daß die Pflichtmitgliedschaft in der Studenten-Krankenversorgung die Rechtsstellung des privatrechtlich versicherten Studenten verschlechtere, als sie ihn vor die Wahl stelle, sich entweder mit den Leistungen der stud. Krankenversorgung zufrieden zu geben, oder bei Inanspruchnahme des besseren privaten Versicherungsschutzes auch den stud. Krankenversorgungsbeitrag ohne die Möglichkeit einer Gegenleistung zu entrichten.

Da der Beitrag für die stud. Krankenkasse aber relativ gering sei und die Kasse der privat Versicherten Studenten kaum belaste, sei diese Einbuße zumutbar. Auch die Entscheidung der Universität, daß ein Student im Falle der Nichtzahlung des Beitrags für die stud. Krankenversorgung vom Studium ausgeschlossen sei, sei mit rechtsstaatlichen Grundsätzen zu vereinbaren.

Reifen-Dornhardt
Reifenfachhändler
Runderneuerungs- und Vulkanisierbetrieb
Deta-Batterielager
Sonderpreise f. Uni-Angehörige
463 Bochum · Wittener Str. 449
Fernruf 55 03 68
gegenüber Opel-Eingang I

AStA-Drive-in zu den G-Gebäuden

Am Dienstag, 20. April, war ab 14.00 Uhr für alle Autos die Schranke zu den G-Gebäuden geöffnet. Damit wurde wirksam gegen die Parkausweismauschelei des Kanzlers protestiert, der die Vergabe von Parkausweisen so nachlässig handhabt, daß alle möglichen guten Bekannten der Leute, die auf Abteilungsebene die Ausweise verteilen, einen besitzen. Da Herr Seel sich stur stellt, griff der AStA zu diesem Mittel und hielt mittels des unter der Schranke parkenden AStA-Wagens die Zufahrt frei. Zwar erschienen einige bekannte Uni-Bedienstete und schimpften eifrig — so Steuermann, Denunziant beim Roten Punkt und Vogel, bekannt als „Klötenbär" — aber das Drive-in fand statt. Der AStA wird dafür sorgen, daß auch die Zufahrt zu den N-Gebäuden für alle frei wird. Alle Autofahrer werden aufgefordert, durch die beschrankten Zufahrten zu fahren. Bleibt vor den Schranken stehen und hupt! Rührt Euch nicht von der Stelle, bis der Wächter die Schranken hochzieht. Er macht's bestimmt!
- rst -

Klatsch — Tratsch

morgen veranstaltet die studentenschaft ein großes hörsaalsuchen. gestartet wird von der mensa aus und zu suchen gilt es einen hörsaal im g-bereich (zb gc 04/387). der erste preis ist ein parkausweis, der zweite preis ein mittagessen in der mensa mit rektor faillard, der dritte preis ein stipendium an einer anderen universität. prominentester teilnehmer an diesem rennen: kanzler seel, denn er hat seinen alten parkausweis verloren.

wieder eine neuerscheinung im universitätsverlag: die memoiren von hans-martin saß, betitelt „ich, der staatskommissar". das buch gipfelt in der feststellung: „als staatskommissar ist man wer." angeblich liegen schon 100 000 vorbestellungen dafür vor. falls das stimmt, will sich saß auf sein altenteil zurückziehen und nur noch für seine enkel und urenkel leben.

schallplatten kaufen Sie im
MUSIKHAUS KÜHL
Bochum, Kortumstr. 93

es scheint mode zu werden, daß studenten ihr praktikum bei der bundeswehr absolvieren. so wurde zb der „arbeitskreis tod durch bundeswehr" zum besuche eines starfightergeschwaders eingeladen um „selbst praktische erfahrungen sammeln zu können", wie die bundeswehr so schön schrieb.

da das anatomische institut dauernd auf der suche nach irgendwelchen leichen ist, entschloß sich die mensaleitung zu einem kühnen experiment: man wollte doch mal sehen, ob man die studenten mit verdorbenem essen nicht irgendwie klein kriegt. der gewünschte erfolg trat noch nicht ein, dafür wurden aber zehn studenten mittelschwer krank (durchfall). die mensaleitung wünscht allen noch heil davongekommenen weiterhin einen guten appetit!

bochumer katzen sind so falsch, daß sie sich nicht scheuen, als „hirschragout" auf der mensa-speisekarte zu erscheinen.

wer macht mit der gründung von BUMS (bochumer union maroditiskranker studenten)? diese gruppe will alle die leute aufnehmen, denen sowieso schon alles zum halse heraushängt. bitte im asta-sekretariat melden bzw. kärtchen schreiben!

B S Z
Herausgeber und Verleger: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (Renate Zimmermann-Eisel, Robert Farle, Rainer Stollmann, Fred Blecher, Manfred Buhl.
Redaktion: Reinhard Greeven, Hanspeter Knirsch, Axel Jost.
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Auflage: 10 000 Exemplare
Anzeigenleitung: Erich Eisel
Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität, 463 Bochum, Lennershofstraße 66, Tel. 51 18 55 u. 399 24 16.